



Bundesanzeiger

Herausgegeben vom
Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz

Die auf den folgenden Seiten gedruckte Bekanntmachung entspricht der Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Daten zur Veröffentlichung:

Veröffentlichungsmedium: Internet
Internet-Adresse: www.bundesanzeiger.de
Veröffentlichungsdatum: 11. Januar 2021
Art der Bekanntmachung: Jahresabschlüsse
Veröffentlichungspflichtiger: Volksbank Oberberg eG, Wiehl
Fondsname:
ISIN:
Auftragsnummer: 201212068132
Verlagsadresse: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Amsterdamer Straße 192,
50735 Köln

Dieser Beleg über eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger hat Dokumentencharakter für Nachweiszwecke. Wir empfehlen daher, diesen Beleg aufzubewahren. Zusätzliche beim Verlag angeforderte Belege sind **kostenpflichtig**.

Volksbank Oberberg eG

Wiehl

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019

Volksbank Oberberg eG, Wiehl

I. Geschäftsverlauf

1. Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Kreditgenossenschaften

Konjunktur

Nach vielen Jahren des Aufschwungs verminderten sich 2019 die konjunkturellen Auftriebskräfte in Deutschland merklich. Das preisbereinigte Bruttosozialprodukt stieg nach 1,5 % im Vorjahr lediglich um 0,6 %. Die schwächere Weltwirtschaft, die eskalierenden Handelskonflikte, die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten und die Unsicherheiten rund um den EU-Austritt Großbritanniens belasteten die außenhandelsorientierten Wirtschaftsbereiche. Die überwiegend inlandsorientierten Unternehmen präsentierten sich aber nach wie vor zumeist in einer guten Verfassung.

Am Arbeitsmarkt verlor das Beschäftigungswachstum an Schwung. Die Anzahl der Erwerbstätigen stieg im Jahr 2019 nicht mehr so stark um rund 0,4 Mio. auf 45,3 Mio. Menschen. Die Arbeitslosenquote lag mit 5,0 % um 0,2 Prozentpunkte unter dem Vorjahr.

Der Anstieg der Verbraucherpreise blieb 2019 moderat. Auf Jahressicht betrug die Inflationsrate 1,4 % (Vorjahr 1,8 %). Maßgeblich für den Rückgang waren die niedrigeren Energiepreise.

Finanzmärkte

Geopolitische Störfaktoren, insbesondere aber die Handelskonflikte, führten bereits Anfang 2019 zu Rissen im langjährigen konjunkturellen Aufschwung.

Die FED vollzog daher in der zweiten Jahreshälfte einen Kurswechsel und senkte in den Monaten Juli, September und Oktober ihren Leitzins um jeweils 25 Basispunkte. Auch die EZB lockerte ihre Geldpolitik mit einer weiteren Senkung des Einlagenzinses, den Banken auf überschüssige Gelder bei der EZB entrichten müssen, von -0,4 % auf -0,5 %. Zudem wurde ein erneuter Start von Anleihekäufen im Volumen von monatlich 20 Mrd. EUR ab November beschlossen.

Die europäische Gemeinschaftswährung wertete im Laufe des Jahres 2019 weiter ab. Während im Januar für einen Euro bis zu 1,15 US-Dollar gezahlt werden mussten, waren es im September nur 1,09 US-Dollar, der schwächste Wert des Euro seit Mai 2017. Zeitgleich eintretende Liquiditätsverknappungen führten zu einer zusätzlichen Liquiditätsbereitstellung der FED und der Euro stieg wieder leicht. Am Jahresende lag der US-Dollar bei einem Kurs von 1,12 pro Euro.

Der DAX stieg bis Juli 2019 auf 12.600 Punkte. Durch die geopolitischen und konjunkturellen Belastungsfaktoren gab es danach einen deutlichen Rückschlag. Erst die Lockerung der Geldpolitik durch EZB und US-Notenbank, die Stabilisierung der Konjunkturindikatoren im Herbst und der Vollzug des geregelten Brexit führten zu neuer Zuversicht an den Aktienmärkten. Zum Jahresende 2019 notierte der DAX mit 13.249 Punkte um 25 % über dem Niveau des Vorjahres.

Kreditgenossenschaften

Auch wenn das Wirtschaftswachstum in Deutschland 2019 deutlich geringer ausfiel als in den Vorjahres, blieben die deutschen Volks- und Raiffeisenbanken unverändert auf Wachstumskurs. Die addierte Bilanzsumme erhöhte sich um 5,3 % auf 985 Mrd. EUR. Dabei stiegen die Kundenforderungen um 6,0 % und die Kundeneinlagen um 5,5 %. Die Zahl der Banken verringerte sich im Zuge des Konsolidierungsprozesses weiter. Ende Dezember 2019 existierten 841 Kreditgenossenschaften mit 9.344 personenbesetzten Bankstellen und 3.935 SB-Stellen. Die Zahl der Kunden, die Mitglied bei ihrer Genossenschaftsbank sind, blieb in 2019 mit 18,5 Mio. nahezu konstant.

Die Geschäftsentwicklung der Genossenschaftsbanken (ohne Sonderinstitute) im Verbandsgebiet des Genossenschaftsverbandes - Verband der Regionen e.V. wies 2019 ein Bilanzsummenwachstum um 5,1 % auf 383,4 Mrd. EUR aus. Die Steigerungsrate bei den Kundenforderungen lag bei 6,3 %; sie betragen zum Jahresende 249,0 Mrd. EUR. Auch bei den Kundeneinlagen (Einlagen und Schuldverschreibungen) konnte ein Zuwachs von 5,7 % auf insgesamt 287,9 Mrd. EUR verzeichnet werden. Die Ertragslage schwächte sich in 2019 leicht ab. Das Betriebsergebnis vor Bewertung lag mit 0,85 % der durchschnittlichen Bilanzsumme unter dem Niveau des Vorjahres (0,89 %), die Aufwandsrentabilität (Cost-Income-Ratio) verschlechterte sich geringfügig von 66,4 % in 2018 auf 66,7 %.

2. Entwicklung der Volksbank Oberberg eG

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bank knüpfte auch in 2019 erneut an die erfolgreichen Vorgängerjahre an. Die geplanten Zuwächse bei den strategisch bedeutsamen Kundenforderungen und bei den Kundeneinlagen haben wir mehr als erreicht. Auch das geplante Provisionsergebnis konnte übertroffen werden. Die erforderliche Risikovorsorge im Kreditgeschäft lag erfreulicherweise wieder deutlich unterhalb des Planansatzes und fiel positiv aus. Mit der Entwicklung im Geschäftsjahr 2019 sind wir daher sehr zufrieden.

Bilanzsumme und außerbilanzielle Geschäfte

	Berichtsjahr	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bilanzsumme	3.740.958	3.525.473	215.485	6,1
Außerbilanzielle Geschäfte *)	459.088	506.548	-47.460	-9,4

*) Hierunter fallen die Posten unter dem Bilanzstrich 1 (Eventualverbindlichkeiten), 2 (Andere Verpflichtungen) und Derivatgeschäfte.

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahreswert von 7,2 % in 2019 mit 6,1 % geringer an. Wachstumsmotor waren primär unverändert die Zuwächse bei den Kundenforderungen. Aber auch die vertraglich vereinbarte Sicherheiten hinterlegung für das Derivategeschäft mit unserer Zentralbank und die damit verbundenen Refinanzierungen durch Bankverbindlichkeiten und insbesondere Kundeneinlagen trugen zum Wachstum bei.

Die außerbilanziellen Geschäfte entfallen mit 23.775 TEUR (Vorjahr 25.247 TEUR) auf Bürgschaften und Gewährleistungen, die wir für Kunden übernommen haben. Die anderen Verbindlichkeiten betreffen alle nicht ausgenutzten befristeten unwiderruflichen Kreditzusagen mit einem Volumen von 207.602 TEUR (Vorjahr 177.580 TEUR). Ebenfalls in dieser Position sind

die Kapitalbeträge unserer Derivatgeschäfte in Form von Zinsswaps in Höhe von 226.000 TEUR (Vorjahr 301.000 TEUR), die der Absicherung von Marktpreisrisiken dienen, sowie Devisentermingeschäfte in Höhe von 1.711 TEUR (Vorjahr 2.721 TEUR) aus gedeckten Kundengeschäften, enthalten.

Aktivgeschäft

	Berichtsjahr	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Kundenforderungen	2.958.660	2.796.243	162.417	5,8
Wertpapiieranlagen	502.332	531.724	-29.392	-5,5
Forderungen an Banken	127.099	99.969	27.130	27,1

Der Anstieg der Kundenforderungen fiel in 2019 mit 5,8 % geringer aus als mit 6,1 % im Vorjahr und lag damit leicht unter dem Durchschnittswert aller deutschen Kreditgenossenschaften von 6,0 %. Ursache des trotzdem erfreulichen Wachstums waren ein dynamisch verlaufender Anstieg der Forderungen in laufender Rechnung und die Ausweitung der Darlehensforderungen. Hier trugen die Nachfrage nach langfristigen Finanzierungen im privaten Wohnungsbau, auch für Renovierungen und Modernisierungen, sowie die Investitionen unserer Firmenkunden zum Wachstum bei. Diesen Kundenwünschen sind wir in gewohnter Weise unter Würdigung des Einzelfalls nachgekommen.

Bei den bankeigenen Wertpapiieranlagen erfolgten selektiv Zukäufe von Staatsanleihen. Ansonsten wurde der Bestand vor dem Hintergrund steigender aufsichtsrechtlicher Anforderungen an verpfändungsfähige Wertpapiere zu Gunsten der Guthaben bei Zentralnotenbanken um 38,3 Mio. EUR reduziert.

Die Zunahme der Forderungen an Banken basierte im Wesentlichen auf der Erhöhung der Sicherheiten hinterlegung für unser Derivategeschäft mit der DZ Bank AG und der stichtagsbezogenen Anlage täglicher Liquidität.

Attraktive Renditen waren im Regelfall weder bei den Forderungen an Banken noch bei den Wertpapiieranlagen erzielbar, insoweit ist auch vor diesem Hintergrund das Wachstum der höher verzinslichen Kundenforderungen erfreulich.

Passivgeschäft

	Berichtsjahr	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Bankrefinanzierungen	1.092.582	965.145	127.437	13,2
Spareinlagen	603.736	594.845	8.891	1,5
andere Einlagen	1.691.222	1.631.250	59.972	3,7
verbriefte Verbindlichkeiten	15.337	15.840	-503	-3,2
Nachrangverbindlichkeiten	10.650	10.650	0	0,0

Die Zunahme der Bankrefinanzierungen resultierte aus der Aufnahme von Globaldarlehen bei Banken zur Refinanzierung des Kundenkreditgeschäftes und der erhöhten Sicherheiten hinterlegung für unser Derivategeschäft. Zusätzlich wurde zur Vermeidung von negativen Einstandsrenditen bei eigenen Wertpapieranlagen, das Guthaben bei Zentralnotenbanken aufgestockt.

Der Anstieg der Kundeneinlagen (Spareinlagen, andere Einlagen und verbrieftete Verbindlichkeiten) verlief mit insgesamt 3,1 % auf 2,3 Mrd. EUR nach 6,6 % im Vorjahr deutlich geringer. Wachstumsmotor waren Abschlüsse mit institutionellen Anlegern. Innerhalb der einzelnen Anlageformen zeigte sich auch in diesem Jahr wieder ein differenziertes Bild. Im Fokus der Kunden standen weiterhin kurzfristige Anlagen; entsprechend nahmen die täglich fälligen Einlagen weiter zu, die Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist waren rückläufig. Die Spareinlagen verzeichneten nur ein geringes Wachstum. Die verbrieften Verbindlichkeiten gingen aufgrund von Fälligkeiten erneut zurück. Zum Teil gab es Umschichtungen zwischen den einzelnen Anlageformen.

Dienstleistungsgeschäft

	Berichtsjahr	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erträge aus Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäften	3.166	2.850	316	11,1
Vermittlungserträge	3.287	2.987	300	10,0
Erträge aus Zahlungsverkehr	9.094	8.855	239	2,7

Die Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungs- und Depotgeschäft erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr durch gestiegene Umsätze insbesondere bei vermittelten Fondsanlagen um 11,1 %. Damit haben wir unseren Planwert für 2019 erreicht. Mit einem Bestand von 2.399 Kundendepots wurden in 2019 insgesamt 5.796 Kauf- und Verkaufsaufträgen mit Umsätzen von zusammen 61,9 Mio. EUR getätigt.

Im Vermittlungsgeschäft haben sich die Erträge gegenüber dem Vorjahr um 10,0 % erhöht, unser Planwert konnte trotzdem nicht ganz erreicht werden. Es gab Steigerungen über fast alle Sparten, insbesondere konnten die Kreditvermittlungsprovisionen, die Vermittlung von Bausparprodukten sowie die Immobilienvermittlung ausgeweitet werden. Nur der Personenversicherungsbereich und die Vermögensverwaltung waren rückläufig.

Hauptprovisionsträger waren nach wie vor die Erträge aus dem Zahlungsverkehr und der Kontoführung. Die Ergebnisse im Geschäftsjahr konnten gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % gesteigert werden. Ein weiterhin erfreulicher Zuwachs an Kundengirokonten hat ebenso dazu beigetragen wie die Ausweitung der Kreditkartenumsätze. Der prognostizierte Ertrag konnte überschritten werden.

Investitionen

Auch in 2019 erfolgten Investitionen in unser Geschäftsstellennetz; Schwerpunkt bildete dabei die Umgestaltung der Geschäftsstelle in Radevormwald. Der Umfang der Investitionen fiel mit insgesamt 1.929 TEUR nochmals deutlich höher aus als im Vorjahr.

Die weiteren Investitionen betrafen mit 552 TEUR im Wesentlichen Modernisierungsinvestitionen im Bereich der EDV-Ausstattung und der Büroeinrichtung.

Personal- und Sozialbereich

Am 31.12.2019 beschäftigten wir einschließlich Vorstand insgesamt 441 Mitarbeiter (davon 140 Teilzeitbeschäftigte und 37 Auszubildende). Unsere Personalstruktur hat sich nicht wesentlich verändert. Wir konnten im Berichtsjahr nicht alle freiwerdenden Stellen für 2019/2020 intern besetzen, so dass wir 10 neue Mitarbeiter eingestellt haben. Die kontinuierliche Aus- und Weiterbildung unserer Belegschaft hat große Bedeutung für uns; insgesamt wurden 2019 von unseren Mitarbeitern 2.231 Seminartage absolviert, insbesondere auch vor dem Hintergrund der umfangreichen IT-Umstellung im Juni des Jahres.

Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements achten wir gemeinsam auf einen Ausgleich zwischen beruflicher und privater Beanspruchung. Seit 2015 ermöglichen wir unseren Mitarbeitern den Aufbau eines Lebensarbeitszeitkontos, um finanzielle Sicherheit für zukünftige Freistellungsphasen zu schaffen.

Zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat besteht, auch über die vorhandenen Betriebsvereinbarungen hinaus, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Eine unserer wesentlichen Sozialleistungen stellt die betriebliche Altersversorgung dar.

Sonstige wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Im Juni 2019 haben wir erfolgreich auf das neue Kernbankverfahren agree21 migriert.

Der nach einer mehrjährigen Vorbereitungsphase vollzogene Wechsel des Kernbankverfahrens war mit großen Anstrengungen im Personalbereich verbunden, so war neben Überstunden im Rahmen der Projektarbeit auch ein hoher Schulungsaufwand erforderlich. Auch die Verwaltungsaufwendungen waren im Jahr 2019 durch Einmalaufwendungen für die IT-Migration beeinflusst.

Den aus der Migration resultierenden Risiken begegneten wir durch eine geeignete Projektstruktur sowie durch die Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Rechenzentrums Fiducia & GAD IT AG. Die Umsetzung ist planmäßig verlaufen. Die festgelegten Überleitungsschritte und -tätigkeiten wurden wie geplant durchgeführt. Die Datenbestände wurden vollständig in das neue System überführt.

II. Darstellung der Lage sowie der Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Volksbank Oberberg eG

1. Geschäftsmodell

Wir verstehen uns als regional tätige Universalbank. Im Fokus unserer geschäftlichen Aktivitäten stehen das Kredit- und das Einlagengeschäft sowie das Vermittlungs- und Wertpapierdienstleistungsgeschäft mit unseren Mitgliedern und Kunden. Dabei sind uns dezentrale Organisationsstrukturen mit Entscheidungskompetenzen vor Ort in unseren Geschäftsstellen wichtig.

Eine vertrauensvolle und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Mitgliedern, Kunden und Mitarbeitern prägt unser Selbstverständnis.

Auch wenn unser Geschäftsmodell unmittelbar durch demographische, konjunkturelle, politische und regulatorische Entwicklungen beeinflusst wird, sehen wir auch künftig ausreichende Potenziale für ein solides und ertragreiches Wachstum.

2. Gesamtbanksteuerung, Risikomanagement

Risikomanagementziele und- methoden

In unserer Unternehmenskonzeption haben wir uns klar auf die Bedarfssituation unserer Mitglieder und Kunden ausgerichtet und daraus eine langfristige Unternehmensplanung entwickelt, die eine dauerhafte Begleitung unserer Mitglieder und Kunden in allen Finanzierungs- und Vermögensanlagefragen sicherstellt.



Durch eine Eckwert- und Kapitalplanung über einen Zeitraum von fünf Jahren und mit Hilfe von Kennzahlen- und Limitsystemen planen und steuern wir die Entwicklung unseres Instituts. Der Begrenzung der Risiken aus unserer Geschäftstätigkeit messen wir besondere Bedeutung bei. Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen und die Tätigkeit unserer Internen Revision haben wir die Zuverlässigkeit der Steuerungsinformationen aus der ordnungsgemäßen Geschäftsabwicklung sichergestellt.

Das Risikomanagement zur Früherkennung von Risiken ist vor dem Hintergrund wachsender Komplexität der Märkte im Bankgeschäft von großer Wichtigkeit. Wir verstehen dies als eine zentrale Aufgabe. Neben allgemeinen Risikofaktoren (z.B. Konjunkturschwankungen, neue Technologien und Wettbewerbssituationen, sonstige sich verändernde Rahmenbedingungen) bestehen spezifische Bankgeschäftsrisiken, die sich insbesondere in Form von Adressenausfall- (Kreditgeschäft) und Marktpreisrisiken (z.B. Zinsänderungs-, Währungs- und sonstigen Preisrisiken) sowie Liquiditäts- und operationellen Risiken zeigen.

Ziel unseres Risikomanagements ist es, negative Abweichungen von unseren Erfolgs-, Eigenmittel- und Liquiditätsplanungen zu vermeiden. Das Risikofrüherkennungs- und -überwachungssystem ist primär darauf ausgerichtet, Risiken rechtzeitig zu identifizieren und bei Bedarf gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten. Die Einbindung des Risikomanagements in das Gesamtbanksteuerungssystem dient uns aber zugleich zur Erkennung und Nutzung von Chancenpotenzialen.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen haben wir für Marktpreis- und Adressenausfallrisiken, Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken Verlust- und Volumenslimite bzw. in Teilbereichen auch Zielgrößen definiert. Das Risikocontrolling beinhaltet ferner die Identifizierung, Quantifizierung und Überwachung der Risiken. Über die Ergebnisse der zu diesem Zweck durchgeführten Analysen und Auswertungen, die auch Stress-Szenarien umfassen, werden der Vorstand und die betreffenden Unternehmensbereiche zeitnah durch tägliche oder monatliche Risikoreports informiert. In die Berichterstattung wird auch der Aufsichtsrat einbezogen.

Wir haben folgende Risikokategorien als wesentlich eingestuft:

Kreditrisiken (Adressenausfallrisiken)

Unter Kreditrisiken verstehen wir die Gefahr, dass Verluste oder entgangene Gewinne aufgrund des Ausfalls von Geschäftspartnern und ggf. durch Migration das erwartete Ausmaß übersteigen. Das Kreditrisiko umfasst somit vor allem das Kreditrisiko aus dem Kunden-Portfolio (Ausfall- und Migrationsrisiko), das Credit-Spread-Risiko und das Beteiligungsrisiko.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken basiert insbesondere auf Kreditratings nach Verfahren der genossenschaftlichen Organisation. Für bestimmte Kundensegmente ordnet das System den Ratingklassen nach mathematisch-statistischen Verfahren ermittelte Ausfallwahrscheinlichkeiten ("erwartete Verluste") zu. Neben anlassbezogenen Ratingverfahren kommen auch monatliche verhaltensbezogene Ratingverfahren im Privat- und Firmenkundengeschäft zum Einsatz. Unser Kundenkreditvolumen ist zu 96,6 % mit VR-Ratings und zu 3,4 % mit BVR-I-Ratings klassifiziert.

Über die "erwarteten Verluste" hinaus ermitteln wir die "unerwarteten Verluste" mittels eines Credit Value at Risk (CVaR), der neben den Ausfallwahrscheinlichkeiten die Granularität des Kreditportfolios, insbesondere nach der Größenstruktur der ungesicherten Kreditzusagen, berücksichtigt. Das Risikomaß CVaR gibt die "unerwarteten Verluste" an, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 % innerhalb von zwölf Monaten nicht überschritten werden.

Die Ratingergebnisse werten wir auf aggregierter Basis u.a. nach Volumina, Blankoanteilen und Verlustpotenzialen aus. Unsere EDV-Statistiken geben außerdem Auskunft über die Verteilung des Kreditvolumens nach Kreditnehmereinheiten, Branchen, Größenklassen und Kreditsicherheiten.

Verlust- bzw. Volumenslimite dienen der Initiierung risikosteuernder Maßnahmen. Die bestehenden Limite wurden in 2019 durchgängig mit Spielraum eingehalten.

Beteiligungsrisiken werden mittels einer pauschalen Ausfallwahrscheinlichkeit quantifiziert.



Die Risikoquantifizierung für Spread- und Migrationsrisiken erfolgt nach dem vereinfachten Spreadshiftverfahren. Der Risikowert für den unerwarteten Ausfall wird hierbei aus der Bewertung des bonitätsinduzierten Abschreibungsrisikos mit einem, auf Basis einer Wahrscheinlichkeit von 99,0 %, für das Gesamtportfolio ermittelten, volumengewichteten Spreadshift bestimmt.

Die zum 31.12.2019 gemessenen Risiken lasten unser Verlustlimit für Kreditrisiken zu 71,7 % aus.

Es haben sich keine nennenswerten Änderungen zum Vorjahr ergeben.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken verstehen wir die Gefahr, dass das tatsächliche Ergebnis durch Änderungen von Marktparametern (Zinsstrukturkurve, Aktienkurse, Devisenkurse) vom erwarteten Ergebnis abweicht. Das Marktpreisrisiko umfasst somit vor allem das Zinsspannenrisiko (einschließlich Abschreibungsrisiko Anleihen).

Zinsänderungsrisiken messen wir mit Hilfe dynamischer Zinselastizitätsbilanzen. Ausgehend von unseren Zinsprognosen werden die Auswirkungen hiervon abweichender Zinsentwicklungen auf das Jahresergebnis ermittelt. Daneben simulieren wir die plötzliche und unerwartete Zinsänderung um plus 200 Basispunkte bzw. minus 200 Basispunkte auf den Barwert des Zinsbuches und dessen Veränderung im Verhältnis zu den Eigenmitteln (Basel II-Kennziffer). Nach abgestuften Risikoszenarien haben wir für mögliche Ergebnisbeeinträchtigungen Limite vorgegeben, an deren Auslastung sich unsere Steuerungsmaßnahmen ausrichten. Die Limite wurden im Geschäftsjahr 2019 mit ausreichendem Puffer durchgängig eingehalten. Nach den zum 31.12.2019 gemessenen Zinsänderungsrisiken (einschließlich Kursrisiken in festverzinslichen Wertpapieren) werden Zinsveränderungen, die in der Ad-hoc-Betrachtung unsere Zinsprognose um einen Prozentpunkt überschreiten, unser vorausgerechnetes Ergebnis mit 5.833 TEUR (vor Steuern) belasten. Wir gehen allerdings aufgrund der tatsächlichen Zinsentwicklung davon aus, dass diese Simulation so nicht eintritt.

Außerdem sind wir in der Lage, jederzeit das Risiko durch aktive Gestaltung unseres Wertpapierportfolios sowie den Einsatz von weiteren Zinssicherungsinstrumenten (z.B. Zinsswaps) zu steuern.

Ein Handelsbuch im Sinne des Art. 102 ff. CRR unterhalten wir seit dem 01.01.2008 nicht mehr.

Die zum 31.12.2019 gemessenen Risiken lasten unser Verlustlimit für Marktpreisrisiken zu 65,5 % aus.

Die Limitauslastung hat sich zum Vorjahr (68,2 %) geringfügig reduziert.

Liquiditätsrisiken bzw. Risiken aus Zahlungsstromschwankungen

Unsere Finanzplanung ist streng darauf ausgerichtet, allen gegenwärtigen und künftigen Zahlungsverpflichtungen pünktlich nachkommen zu können. Unsere im Rahmen des Bilanzstrukturmanagements getätigten Geldanlagen bei Korrespondenzbanken bzw. in Wertpapieren tragen neben Ertrags- auch Liquiditätsaspekten Rechnung. Daneben besteht durch die Mitgliedschaft in der genossenschaftlichen Finanzgruppe eine Liquiditätssicherung durch unsere Zentralbank.

Unplanmäßige Entwicklungen mit wesentlichen Auswirkungen auf unsere Liquiditätslage haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben.

Entsprechend den MaRisk besteht ein System zur gegenseitigen Verrechnung von Liquiditätskosten und -nutzen unserer wesentlichen Aktiv- und Passivpositionen. Nach diesen Berechnungen sind die sich hieraus ableitenden Ertragsrisiken negativer Liquiditätsentwicklungen unverändert nicht von besonderer Bedeutung.

Die zum 31.12.2019 gemessenen Risiken lasten unser Verlustlimit für Liquiditätsrisiken zu 47,4 % aus.

Ein Vergleich mit der Limitauslastung zum Vorjahr (58,2 %) ist aufgrund einer Verlustlimiterhöhung nur eingeschränkt möglich.

Operationelle Risiken

Neben Kredit-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken hat sich unsere Bank auch auf operationelle Risiken (z.B. Betriebsrisiken im IT-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einzustellen. Unser innerbetriebliches Überwachungssystem trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Den Betriebs- und Rechtsrisiken begegnen wir auch durch die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern (z.B. im IT-Bereich oder im Formular- und Rechtswesen). Versicherbare Gefahrenpotenziale, z.B. Diebstahl- und Betrugsrisiken, haben wir durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgesichert.

In der Geschäfts- und Risikostrategie haben wir unser Risikomanagement zur Identifizierung, Steuerung und Überwachung von operationellen Risiken dargestellt. Die seit 2007 bestehende Schadenfalldatenbank bildet die Grundlage für die zukünftige Einschätzung des Risikopotenzials. Die dort erfassten Schadenfälle ergeben keine Hinweise auf Systemmängel, besondere Gefährdungen, Prozessschwächen oder erhöhte operationelle Risiken.

Aus Rechtsstreitigkeiten bestehen Risiken, die überschaubar sind und die wir nach unserer Einschätzung ausreichend abgedeckt haben.

Die zum 31.12.2019 gemessenen Risiken lasten unser Verlustlimit für operationelle Risiken zu 75,4 % aus.

Die Limitauslastung hat sich zum Vorjahr (71,3 %) leicht erhöht.

Die im Juni des Geschäftsjahres durchgeführte Migration auf das neue Kernbankverfahren (agree21) ist ohne Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebes durchgeführt worden.

3. Vermögenslage

Eigenmittel

Angemessene Eigenmittel gemäß den europäischen Eigenkapitalanforderungen (Artikel 72 der CRR), auch als Bezugsgröße für eine Reihe von Aufsichtsnormen, bilden die unverzichtbare Grundlage einer soliden Geschäftspolitik. Die vorgegebenen Anforderungen der CRR wurden von uns im Geschäftsjahr 2019 mit Spielraum eingehalten. Unsere strategischen Ziele zur Eigenmittelenwicklung haben wir im Geschäftsjahr mehr als erreicht.

Das bilanzielle Eigenkapital sowie die Eigenmittelausstattung und Kapitalquoten stellen sich gegenüber dem Vorjahr wie folgt dar:

	Berichtsjahr	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Eigenkapital laut Bilanz 1)	303.857	285.498	18.359	6,4
Eigenmittel (Art. 72 CRR)	297.931	283.420	14.511	5,1
Harte Kernkapitalquote	14,5 %	13,5 %		
Kernkapitalquote	14,5 %	13,5 %		
Gesamtkapitalquote	15,9 %	15,8 %		

1) Hierzu rechnen die Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten), 10 (Genussrechtskapital), 11 (Fonds für allgemeine Bankrisiken) und 12 (Eigenkapital).



Die Steigerung des bilanziellen Eigenkapitals beruhte zum einen auf dem Beitritt weiterer Mitglieder zu unserer Genossenschaft und der Zeichnung weiterer Anteile von bestehenden Mitgliedern; zum anderen auf der Zuführung zu den Rücklagen aus dem Bilanzgewinn 2018 im Geschäftsjahr in Höhe von 7,2 Mio. EUR. Darüber hinaus erfolgte eine Aufstockung des Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB in Höhe von 10,1 Mio. EUR aus dem Jahresergebnis. Der Gewinnverwendungsvorschlag sieht vor, aus dem Bilanzgewinn 2019 weitere 7,3 Mio. EUR den Rücklagen zuzuführen.

Vorbehaltlich der Feststellung der Bilanz beträgt unser Kernkapital 289,3 Mio. EUR; das sind 7,7 % der Bilanzsumme.

Wesentliche Aktiv- und Passivstrukturen

Kundenforderungen

Unsere Vermögensstruktur ist wesentlich durch die Forderungen an Kunden geprägt, sie machen 79,1 % der Summe aller Aktiva aus und sind nach Kundengruppen (Firmenkundenkredite, Privatkundenkredite), Größenklassen, Branchen und Kreditarten breit gestreut. Der Anteil des Privatkundengeschäftes am gesamten Kreditvolumen hat sich im Berichtsjahr auf 53,4 % (Vorjahr 51,2 %) erhöht.

Unser Blankoanteil im Kundenkreditgeschäft beträgt insgesamt 20,4 % und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (21,1 %) verringert. Kredite mit erkennbaren akuten Kreditrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Forderungen mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Ausfallgefahren bestehen nach unserer Einschätzung ausreichend Abschirmmöglichkeiten aus dem laufenden Ergebnis bzw. durch Vorsorgereserven nach § 340f HGB und durch den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Wertpapieranlagen

Die Wertpapieranlagen unserer Bank setzten sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	Berichtsjahr	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Anlagevermögen	859	1.315	-456	-34,7
Liquiditätsreserve	501.473	530.409	-28.936	-5,5

Alle Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind zum 31.12.2019 nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden grundsätzlich die von den "Wertpapiermitteilungen" (WM-Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen. Die Marktliquidität bzw. Marktgängigkeit dieser Wertpapiere ist gegeben. Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere sind ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei ungünstigen Zinsentwicklungen besteht bei Wertpapieren ein potenzielles Abschreibungsrisiko. Wir gestalten unser Wertpapierportfolio sicherheits- und liquiditätsorientiert. Die Wertpapieranlagen betragen 13,4 % der Bilanzsumme.

Wesentliche Risiken aus Fondsanteilen bestehen nicht.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Unsere Kapitalstruktur wird durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Einlagen), die 61,3 % der Gesamtmittel ausmachen, dominiert, wobei die täglich fälligen Gelder innerhalb der Einlagen den größten Anteil ausmachen. Die Zusammensetzung der Kundeneinlagen ist im Bereich der Termingelder weiterhin durch größere Positionen institutioneller Anleger und ansonsten durch eine breite Streuung gekennzeichnet.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Von Bedeutung sind auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, die 29,2 % der Gesamtmittel ausmachen.

Mitgliedschaft in der Sicherungseinrichtung des BVR

Zur Erfüllung von § 1 EinSiG i. V. m. § 1 Abs. 3d Satz 1 KWG gehört die Bank der BVR Institutssicherung (BVR-ISG-Sicherungssystem) an. Das BVR-ISG Sicherungssystem ist eine Einrichtung der BVR Institutssicherung GmbH, Berlin (BVR-ISG), die als amtlich anerkanntes Einlagensicherungssystem gilt.

Daneben ist unsere Genossenschaft der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. (BVR-SE) angeschlossen, die aus dem Garantiefonds und dem Garantieverbund besteht. Die BVR-SE ist als zusätzlicher, genossenschaftlicher Schutz parallel zum BVR-ISG Sicherungssystem tätig.

4. Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsbereitschaft unserer Bank war im abgelaufenen Geschäftsjahr stets gegeben. Die Liquiditätskennzahl (Liquidity Coverage Ratio - LCR) haben wir durchgängig eingehalten.

Aufgrund unserer Liquiditätsplanung und -steuerung, der Einbindung in den genossenschaftlichen Liquiditätsverbund und der unterhaltenen Bankguthaben gehen wir davon aus, dass auch in den kommenden Jahren nicht mit einer Beeinträchtigung der Zahlungsbereitschaft zu rechnen ist.

5. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Genossenschaft stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss 1)	62.506	63.102	-596	-0,9
Provisionsüberschuss 2)	15.083	13.540	1.543	11,4
Sonstige betriebliche Erträge	2.031	1.261	770	61,1
Verwaltungsaufwendungen	43.945	41.350	2.595	6,3
a) Personalaufwendungen	28.810	26.668	2.142	8,0
b) andere Verwaltungsaufwendungen	15.134	14.682	452	3,1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	742	3.300	-2.558	-77,5
Betriebsergebnis vor Bewertung 3)	32.606	30.864	1.742	5,6
Bewertungsergebnis 4)	-1.108	10.308	-11.416	-110,7
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	31.499	41.172	-9.673	-23,5
Steueraufwand	11.145	10.156	989	9,7



Erfolgskomponenten	Berichtsjahr	2018	Veränderung	
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken	10.100	20.900	-10.800	-51,7
Jahresüberschuss	10.201	10.064	137	1,4

1) GuV-Posten 1 abzüglich GuV-Posten 2 zuzüglich GuV-Posten 3

2) GuV-Posten 5 abzüglich GuV-Posten 6

3) Saldo aus den GuV-Posten 1 bis 12

4) Saldo aus den GuV-Posten 13 bis 16

Der Zinsüberschuss ist aufgrund des anhaltend niedrigen Marktzinsniveaus absolut gesunken und im Vergleich zur durchschnittlichen Bilanzsumme auf eine Zinsspanne von 1,70 % (Vorjahr 1,80 %) zurückgegangen.

Der Provisionsüberschuss ist absolut gestiegen und betrug 0,41 % (Vorjahr 0,39 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme. Ursache für den Anstieg waren neben höheren Erträgen im Zahlungsverkehr und der Kontoführung sowie im Wertpapiergeschäft insbesondere gestiegene Vermittlungsprovisionen bei gleichzeitigem Rückgang der Aufwendungen für das Vermittlergeschäft.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verzeichnen einen deutlichen Anstieg, der sich im Wesentlichen aus Auflösungs- und Abzinsungserträgen von Rückstellungen sowie einer Ausgleichszahlung der Fiducia & GAD IT AG im Zusammenhang mit den Aufwendungen aus der Migration des Kernbankverfahrens im Juni 2019 ergeben haben.

Unsere Personalaufwendungen, die einschließlich der sozialen Abgaben 65,6 % der Verwaltungsaufwendungen ausmachen, haben sich aufgrund der tariflichen Gehaltssteigerungen sowie der Personalaufstockung und durch die Abzinsungserträge aus der Neuberechnung der Rückstellung für Jubiläumzahlungen an Mitarbeiter in Höhe von 809 TEUR erhöht. Bei den anderen Verwaltungsaufwendungen ergab sich ebenfalls eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr, insbesondere durch erhöhte Aufwendungen für Verbandsbeiträge, die genossenschaftliche Sicherungseinrichtung sowie IT-Aufwendungen im genossenschaftlichen Verbund. Eine durch die Umstellung des Kernbankverfahrens bedingte Ausgleichszahlung der Fiducia & GAD IT AG in Höhe von 857 TEUR konnte handelsrechtlich nicht mit den korrespondierenden Aufwendungen verrechnet werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verzeichnen einen deutlichen Rückgang, der im Wesentlichen auf den Wegfall einer Zuführung für Drohverlustrückstellungen aus der Bewertung von Derivaten im Vorjahr zurückzuführen ist.

Das zusammengefasste Budget von Verwaltungsaufwand (incl. Abschreibung auf Anlagen) und dem Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen wurde um 1.137 TEUR bzw. 2,6 % überschritten.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung ist der Saldo der G+V-Positionen 1 bis 12. Zur betriebswirtschaftlichen Betrachtung und Beurteilung wird dieses Ergebnis durch die Berücksichtigung von wesentlichen außerordentlichen und periodenfremden Faktoren bereinigt. Ausführungen dazu finden sich am Ende dieses Abschnitts.

Das Bewertungsergebnis resultiert aus einem Risikoertragsüberhang im Kreditgeschäft in Höhe von 2.322 TEUR, dem negativen Bewertungsergebnis aus den Eigenanlagen von 530 TEUR und einer Zuführung zu den Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 2,9 Mio. EUR.



Das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit ist um ca. 9,7 Mio. EUR zurückgegangen, weil in diesem Jahr keine Teilauflösung von Vorsorgereserven nach 340f HGB vorgenommen wurde.

Der gestiegene Steueraufwand beruht auf einem höheren steuerpflichtigen Einkommen.

Aus dem Ergebnis wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken um 10,1 Mio. EUR aufgestockt.

Der Jahresüberschuss stieg um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr. Es erfolgte im Jahresabschluss keine Vorwegzuweisung zu den Rücklagen.

Neben dem Jahresüberschuss ist das betriebswirtschaftliche Betriebsergebnis vor Bewertung für die Beurteilung der Ertragslage eine wichtige interne Berichtskennziffer unserer Bank. Es ermittelt sich aus dem Jahresüberschuss zuzüglich der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken, des Steueraufwandes und des Bewertungsergebnisses sowie bereinigt um wesentliche periodenfremde Erfolgsposten bzw. Sondereinflüsse. Dieses Betriebsergebnis vor Bewertung stieg in 2019 absolut auf 32.552 TEUR (Vorjahr 31.565 TEUR) und ging relativ auf 0,89 % der durchschnittlichen Bilanzsumme zurück; im Vorjahr lag die Kennziffer bei 0,91 %. In diesem Betriebsergebnis vor Bewertung sind in 2019 keine wesentlichen periodenfremden Erfolgsfaktoren bzw. Sondereinflüsse enthalten. Der Unterschied in Höhe von 54 TEUR zur Angabe in der obigen Tabelle betrifft den Posten 24 der Gewinn- und Verlustrechnung.

Die Aufwands-Ertrags-Relation (Cost-Income-Ratio), die wir als Verhältnis der Verwaltungsaufwendungen zu Zins- und Provisionsüberschuss und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen ermitteln, hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 58,0 % auf 58,7 % geringfügig verschlechtert. Im Vergleich zur übrigen Bankenlandschaft liegt die Kennziffer trotzdem auf einem weiterhin günstigen Niveau. Wie bei der Ermittlung des Betriebsergebnisses bleiben - soweit vorhanden - die periodenfremden Erfolgsfaktoren und die Sondereinflüsse bei der Berechnung unberücksichtigt.

Die Kapitalrendite (Jahresüberschuss nach Steuern/Bilanzsumme x 100) betrug im Geschäftsjahr 0,27 % (Vorjahr 0,29 %).

6. Zusammenfassende Beurteilung der Lage

Die zum 31.12.2019 gemessenen Risiken lasten unser auf Gesamtbankebene definiertes Verlustrisiko zu 68,9 % aus.

Die Geschäfte unserer Bank haben sich in 2019 sehr erfreulich entwickelt. Unsere Erwartungen haben wir erreicht und in nahezu allen Bereichen auch übertroffen.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit (GuV-Posten 19) ist von 41,2 Mio. EUR in 2018 - hier war die Auflösung von Vorsorgereserven nach 340f HGB in Höhe von 10,0 Mio. EUR enthalten - um 23,5 % auf 31,5 Mio. EUR in 2019 zurückgegangen. Dieser Wert übersteigt unseren Planansatz um 11,3 Mio. EUR. Die Planabweichung resultiert im Wesentlichen aus einem deutlich niedriger ausgefallenen Aufwand aus der Kundenkreditbewertung und der Bewertung unserer Eigenanlagen.

Nach derzeitigem Planungsstand ist die Risikotragfähigkeit unserer Bank auch im Berichtszeitraum 2020 gegeben und die dargestellten Risiken werden die künftige Entwicklung nicht wesentlich beeinflussen.

Allerdings haben nach dem Bilanzstichtag der Ausbruch und die Verbreitung des neuartigen Coronavirus inzwischen zu einer globalen Pandemie mit erheblichen Folgen geführt. Hierzu zählen auch wirtschaftliche Auswirkungen auf Menschen und Unternehmen in unserem Geschäftsgebiet infolge von Handels- und Produktionseinschränkungen sowie Kurzarbeit. Zurzeit beobachten und analysieren wir die Risikofaktoren auf eine etwaige Beeinflussung durch die Coronapandemie, wobei wir aktuell noch von keiner wesentlich geänderten Risikolage ausgehen. Für eventuelle operationelle Risiken in Form von Personalausfällen durch Infektionen bzw. Quarantänemaßnahmen haben wir Vorsorge getroffen (z.B. durch Bereitstellung von mobilen Arbeitsplätzen und die Einhaltung der Abstandsregelungen).

III. Voraussichtliche Entwicklung (Prognosebericht)

1. Prognose des Geschäftsverlaufs

Die Prognosen, die sich auf die Entwicklung unseres Institutes für das nächste Jahr beziehen, stellen Einschätzungen dar, die wir auf Basis der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Wir weisen darauf hin, dass sich die Prognosen durch Veränderungen der zugrunde liegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können.

Allgemein hängen die Chancen und Risiken unserer künftigen Entwicklung von der weiteren konjunkturellen Entwicklung im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Einflüssen der Coronapandemie ab. Während sich die konjunkturelle Stimmung bei den Unternehmen unterschiedlich darstellt, sehen wir ebenfalls Unterschiede bei der Auslastung in einzelnen Branchen unserer Firmenkunden und auch ein deutliches Gefälle der wirtschaftlichen Entwicklung in den Eurostaaten. In einem unerwarteten Zinsanstieg sowie schwächerer konjunktureller Entwicklung sehen wir daher auch die Risiken der zukünftigen Entwicklung unserer Bank. Eine wesentliche Chance liegt in einer Wirtschaftsentwicklung, die eine höhere Kreditnachfrage als von uns geplant auslöst und sich somit positiv auf die Vermögens- und Ertragslage auswirkt. Insgesamt prognostizieren wir für das nächste Geschäftsjahr einen positiven Geschäftsverlauf, wobei das voraussichtliche Wachstum weiterhin vom Kreditgeschäft bestimmt sein wird. Vor diesem Hintergrund beurteilen wir die künftige Entwicklung wie folgt:

Bilanzvolumen

Für das durchschnittliche Bilanzvolumen gehen wir von einer Steigerung von 3,3 % für das kommende Jahr aus.

Aktivgeschäft

In Erwartung einer deutlich abgeschwächten konjunkturellen Entwicklung, die aber in einzelnen Branchen - insbesondere auch in unserer Region - unterschiedlich verlaufen wird, gehen wir im nächsten Jahr im Kundenkreditgeschäft von einem durchschnittlichen Wachstum von 3,9 % aus. Gestützt wird die Wachstumsprognose durch die bereits im I. Quartal 2020 erfolgte positive Entwicklung und unser großes Geschäftsgebiet, in dem wir vor allem in den Gebieten mit schwächerer Marktdurchdringung weiter konsequent Marktanteile gewinnen wollen.

Passivgeschäft

Im Einlagengeschäft (ohne institutionelle Einleger) wirken sich die Einflüsse der Schuldenkrise im Euro-Raum immer noch auf das Sicherheitsbedürfnis der Kunden aus, gleichzeitig erwarten wir bei hoher Wettbewerbsintensität ein anhaltend niedriges Marktzininsniveau. Wir rechnen für das nächste Jahr mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,7 %. Aufgrund der Negativzinsproblematik sehen wir das Wachstum eher bei den täglich fälligen Einlagen sowie den befristeten Einlagen. Bei den Spareinlagen gehen wir von einem Rückgang aus.

Dienstleistungs- und Provisionsgeschäft

Im Dienstleistungsgeschäft prognostizieren wir im nächsten Jahr stärkere Zuwächse. Insbesondere im Wertpapiergeschäft wollen wir durch unsere aktive, kundenorientierte und bedarfsgerechte Beratung die Erträge ausbauen. Hierbei sowie bei der Vermittlung von Versicherungen spielen die Themen " Vermögensaufbau" und "Altersvorsorge" auch in 2020 eine bedeutende Rolle.

Die geplanten Entwicklungen im bilanzabhängigen Geschäft sowie im Dienstleistungs- und Provisionsgeschäft hängen natürlich vom Kundenverhalten ab, das sich durch die Coronapandemie nicht vorhersehbar verändern könnte. Das würde auch unsere Prognosen beeinflussen.

2. Prognose der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage



Die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses aus dem Geschäftsjahr 2019 wird, sofern die Vertreterversammlung dem Vorschlag zustimmt, zu einer Erhöhung der Eigenmittel im Sinne des Artikels 72 der CRR um rund 7,3 Mio. EUR führen. Gleichzeitig erfolgt durch die Aufstockung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB um 10,1 Mio. EUR die weitere Dotierung der versteuerten Eigenmittel.

Nach unseren Planungen, die insbesondere auf den zuvor genannten bzw. den zur Ertragslage dargestellten Prämissen beruhen, erwarten wir eine weitere Stärkung unseres Eigenkapitals auch durch künftige über dem Wachstum der Bilanzsumme liegende Dotierungen der Rücklagen und des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB.

Die in diesem Abschnitt dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung, insbesondere die Risikolage im Kundenkreditgeschäft und die Zinsänderungsrisiken, werden nach unserer Einschätzung nur einen geringen Einfluss auf die Vermögenslage des nächsten Jahres haben.

Finanz- und Liquiditätslage

Die bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Mindestreservebestimmungen sowie die LCR werden wir auch im folgenden Jahr einhalten.

Mit einer Beeinträchtigung der Liquiditätslage ist aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge und ausreichend zur Verfügung stehenden Refinanzierungsmöglichkeiten auch im Jahr 2020 nicht zu rechnen.

Ertragslage

Auf der Grundlage unserer Zinsprognose, die von einem in 2020 weiterhin niedrigen Zinsniveau und einer leicht sinkenden Zinskurve ausgeht, sowie unter Berücksichtigung unserer dargestellten Erwartungen zum voraussichtlichen Geschäftsverlauf im Kredit- und Einlagengeschäft, rechnen wir für das nächste Jahr mit einem absolut geringeren Zinsüberschuss als 2019. Rückläufige Zinserträge und Zinsaufwendungen aus dem Kundengeschäft führen zusammen mit einem niedrigeren Zinsaufwand aus Zinssicherungsgeschäften auch zu einem Rückgang der Zinsspanne. Da die Zinserträge stärker sinken als die Zinsaufwendungen liegt die Zinsspanne auf Basis der Ergebnisvorschaurechnung vom Februar 2020 noch bei 1,55 %.

Unser Provisionsergebnis wird auch im nächsten Jahr durch die Erträge aus der Kontoführung und dem Zahlungsverkehr geprägt sein. Insgesamt erwarten wir absolut einen Anstieg des Provisionsüberschusses.

Der Personalaufwand wird sich im nächsten Jahr erhöhen. Dabei haben wir tarifliche Gehaltssteigerungen in Höhe von 3,0 % für 2020, künftige Gehaltsanpassungen sowie die Veränderungen in der Altersstruktur, personelle Einzelmaßnahmen und auch Neueinstellungen berücksichtigt.

Bei den sonstigen Verwaltungsaufwendungen erwarten wir für 2020 absolut und auch in der Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme einen Rückgang. Kostenoptimierungen in einzelnen Sparten ermöglichen die Einplanung notwendiger Investitionen in die Renovierung unserer Geschäftsstellen und die EDV-Ausstattung.

Nach der Ergebnisvorschaurechnung vom Februar 2020 erwarten wir für 2020 ein niedrigeres Betriebsergebnis vor Bewertung von ca. 30,0 Mio. EUR. Auf der Grundlage der kalkulatorischen Erträge und Aufwendungen rechnen wir für das nächste Jahr mit einer Aufwandsrentabilität (Cost-Income-Ratio) in Höhe von etwa 60,6 %.

Aus der Bewertung im Kundenkreditgeschäft prognostizieren wir für das folgende Jahr rechnerisch ableitbare Zuführungen zur Risikovorsorge von rund 7,0 Mio. EUR. Wir erwarten aber tatsächlich ein niedrigeres Abschirmungserfordernis. Grundlage unserer Planungen sind insbesondere die im Abschnitt Gesamtbanksteuerung, Risikomanagement beschriebenen Ratingmodelle.

Aus der Bewertung der eigenen Wertpapierbestände ergibt sich für 2020 ein Bewertungsbedarf von ca. 1,0 Mio. EUR.



Die Ergebnisse sowohl aus der Bewertung der Kundenforderungen als auch aus der Bewertung der Wertpapierbestände sind insbesondere aufgrund der Unsicherheiten bei der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der wirtschaftlichen Auswirkungen durch die Coronakrise sowie den damit verbundenen Auswirkungen auf die Kapitalmärkte mit großen Unwägbarkeiten behaftet, denen wir mit den im Abschnitt II. Nr. 2 dargestellten Risikomanagementsystemen entgegenwirken.

Unter Berücksichtigung der Steueraufwendungen rechnen wir für das Jahr 2020 mit einem Jahresüberschuss von ca. 10,3 Mio. EUR.

Die im Zusammenhang mit der prognostizierten Ertragslage stehenden Risiken resultieren insbesondere aus den Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken. Das derzeitige Zinsniveau mit Negativzinsen am Geldmarkt wirkt sich verschärfend auf das Zinsänderungsrisiko aus.

Zusätzliche Ertragschancen sehen wir insbesondere für den Fall eines höher als geplant ausfallenden Wachstums. Eine bessere wirtschaftliche Entwicklung und damit positive Einflüsse auf den Arbeitsmarkt könnten zudem das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft verbessern. Wesentliche Stärke unserer Bank bleibt die voraussichtlich auch künftig überdurchschnittlich gute Aufwandsrentabilität (Cost-Income-Ratio).

3. Gesamtaussage zur voraussichtlichen Entwicklung

Insgesamt sind wir zuversichtlich, dass es uns - wie in den Vorjahren - gelingen wird, mit Qualität im Beratungs- und Dienstleistungssektor sowie einer dauerhaften Realisierung des von unseren Mitgliedern und Kunden nachhaltig befürworteten genossenschaftlichen Geschäftsmodells die gesteckten Ziele auch im Jahr 2020 zu erreichen.

Die Auswirkungen der Coronapandemie können dazu führen, dass sich die Annahmen die unserer Prognoserechnung zu Grunde liegen, nicht als zutreffend erweisen. Wie bereits im Abschnitt II. Nr. 6. dargestellt, sind derzeit noch keine wesentlichen Auswirkungen erkennbar. Wir analysieren laufend die Risiken und werden bei Bedarf geeignete Gegenmaßnahmen ergreifen. Die weitere Entwicklung bleibt ungewiss und wird intensiv beobachtet. Negative Auswirkungen auf unsere Ertragslage im Jahresverlauf sind nicht auszuschließen.

IV. Zweigniederlassungen

Zweigniederlassungen im Sinne von § 14 GenG bestehen nicht.

Wiehl, 15. April 2020

Volksbank Oberberg eG

Der Vorstand

Stockhausen

Schneider

Koop

1. Jahresbilanz zum 31. Dezember 2019

Volksbank Oberberg eG, Wiehl
Genossenschaftsregisternummer 759 beim Amtsgericht Köln

Aktivseite

			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			18.454.592,99		16.878
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			71.151.348,12		21.234
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	71.151.348,12				(21.234)
c) Guthaben bei Postgiroämtern			0,00	89.605.941,11	0
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	0,00				(0)
b) Wechsel			0,00	0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			56.102.875,22		29.073
b) andere Forderungen			70.995.765,85	127.098.641,07	70.896



			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
4. Forderungen an Kunden				2.958.659.500,91	2.796.243
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	1.919.301.946,76				(1.751.330)
Kommunalkredite	14.106.539,38				(26.751)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				(0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		153.491.052,25			135.905
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	149.844.938,66				(132.159)
bb) von anderen Emittenten		347.970.437,65	501.461.489,90		394.397
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	262.963.389,90				(335.185)
c) eigene Schuldverschreibungen			11.275,35	501.472.765,25	107
Nennbetrag	11.000,00				(103)

			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				859.049,10	1.315
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften					
a) Beteiligungen			32.314.485,09		32.320
darunter:					
an Kreditinstituten	324.385,53				(324)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
b) Geschäftsguthaben bei Genossenschaften			1.124.048,46	33.438.533,55	1.124
darunter:					
bei Kreditgenossenschaften	1.001.600,00				(1.002)
bei Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				0,00	0
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen				3.562.351,58	376
darunter: Treuhandkredite	3.562.351,58				(376)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand ein-				0,00	0



			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
schließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			2.705,00		0
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00	2.705,00	0
12. Sachanlagen				20.175.100,41	20.078
13. Sonstige Vermögensgegenstände				5.997.402,97	5.444
14. Rechnungsabgrenzungsposten				85.929,35	83
Summe der Aktiva				3.740.957.920,30	3.525.473
Passivseite					
			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			8.297.478,02		11.187
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			1.084.284.745,84	1.092.582.223,86	953.958



	Geschäftsjahr				Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		596.302.102,37			581.987
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		7.434.357,86	603.736.460,23		12.858
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig		901.209.032,82			822.442
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		790.012.586,04	1.691.221.618,86	2.294.958.079,09	808.809
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			15.336.970,70		15.840
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten			0,00	15.336.970,70	0
darunter:					
Geldmarktpapiere	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	0,00				(0)
3a. Handelsbestand				0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten				3.562.351,58	376
darunter: Treuhandkredite	3.562.351,58				(376)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				2.311.371,51	2.422

			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
6. Rechnungsabgrenzungsposten				400.029,43	686
6a. Passive latente Steuern				0,00	0
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen u. ähnliche Verpflichtungen			13.912.039,39		13.688
b) Steuerrückstellungen			1.274.852,00		2.553
c) andere Rückstellungen			12.762.505,32	27.949.396,71	13.169
8. [gestrichen]				0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				10.650.000,00	10.650
10. Genussrechtskapital				0,00	0
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00				(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				104.000.000,00	93.900
darunter: Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	0,00				(0)
12. Eigenkapital					
a) Gezeichnetes Kapital			58.145.101,07		57.272
b) Kapitalrücklage			0,00		0
c) Ergebnisrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		55.900.000,00			52.280
cb) andere Ergebnisrücklagen		64.961.000,00	120.861.000,00		61.332
d) Bilanzgewinn			10.201.396,35	189.207.497,42	10.064



			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
Summe der Passiva				3.740.957.920,30	3.525.473
			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00			0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		23.774.574,43			25.247
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00	23.774.574,43		0
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00			0
b) Platzierungs- u. Übernahmeverpflichtungen		0,00			0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		207.601.954,21	207.601.954,21		177.580
darunter: Lieferverpflichtungen aus zinsbezogenen Termingeschäften	0,00				(0)

2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019



	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	79.130.746,28		79.615
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.366.328,17	81.497.074,45	3.158
2. Zinsaufwendungen		19.767.720,95	61.729.353,50
20.520			
3. Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0,00	63
b) Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften		777.097,57	786
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00	777.097,57
0			
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00
0			
5. Provisionserträge		17.488.246,27	16.315
6. Provisionsaufwendungen		2.405.632,72	15.082.613,55
2.775			
7. Nettoertrag/-aufwand des Handelsbestands			0,00
0			
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.030.513,51
1.261			
9. [gestrichen]			0,00
0			
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen			
a) Personalaufwand			



	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	EUR	EUR		TEUR
aa) Löhne und Gehälter		22.930.024,01	21.367	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		5.880.349,74	5.301	
darunter: für Altersversorgung	2.038.998,05		(1.634)	
b) andere Verwaltungsaufwendungen		15.134.423,08	14.682	
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			2.325.887,46	2.389
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			742.416,69	3.300
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.016.905,52		0
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00	-1.016.905,52	10.256
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		90.964,12		0



			Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	-90.964,12	52
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				0,00	0
18. [gestrichen]				0,00	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				31.498.607,51	41.172
20. Außerordentliche Erträge			0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen			52.092,00		52
22. Außerordentliches Ergebnis				-52.092,00	(-52)
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			11.091.082,40		10.121
darunter: latente Steuern	0,00				(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			54.252,84	11.145.335,24	35
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken				10.100.000,00	20.900
25. Jahresüberschuss				10.201.180,27	10.064
26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				216,08	0
				10.201.396,35	10.064



		Geschäftsjahr		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	TEUR
27. Entnahmen aus Ergebnisrücklagen				
a) aus der gesetzlichen Rücklage			0,00	0
b) aus anderen Ergebnisrücklagen			0,00	0,00
			10.201.396,35	10.064
28. Einstellungen in Ergebnisrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage			0,00	0
b) in andere Ergebnisrücklagen			0,00	0,00
29. Bilanzgewinn			10.201.396,35	10.064

3. Anhang für das Geschäftsjahr 2019

Volksbank Oberberg eG, Wiehl

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Gleichzeitig erfüllt der Jahresabschluss die Anforderungen des Genossenschaftsgesetzes (GenG) und der Satzung der Bank.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340 ff. HGB).

Gemäß Art. 67 Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) werden die (nachstehenden) im Jahresabschluss 2010 angewandten Übergangsvorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) (hier: Beibehaltungs- und Fortführungswahlrechte für bestimmte Bilanzposten und Wertansätze) entsprechend der Rechtslage vor Inkrafttreten des BilMoG wie folgt fortgeführt:

- Beibehaltung der steuerrechtlichen Abschreibungen (§ 279 Abs. 2 i. V. m. § 254 Satz 1 HGB a. F.) nach Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB
- Ansammlung der Pensionsrückstellungen nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden angewandt:

Barreserve

Die auf EUR lautende Barreserve wurde mit dem Nennwert angesetzt. Die Bewertung der Sorten erfolgte zum Kassakurs am Bilanzstichtag.

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden wurden mit dem Nennwert oder den Anschaffungskosten angesetzt, wobei der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennwert und dem Auszahlungsbetrag - sofern Zinscharakter vorliegt - in den passiven bzw. aktiven Rechnungsabgrenzungsposten abgegrenzt wurde. Dieser Unterschiedsbetrag wird grundsätzlich planmäßig, und zwar zeitanteilig, aufgelöst.

Anteilige Zinsen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt, die aber am Bilanzstichtag bereits den Charakter von bankgeschäftlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten haben, sind dem zugehörigen Aktiv- oder Passivposten der Bilanz zugeordnet.

Die bei den Forderungen an Kunden erkennbaren Bonitätsrisiken sind durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Einzelrückstellungen abgedeckt. Für die latenten Kreditrisiken wurde unter Berücksichtigung der steuerlichen Richtlinien eine Pauschalwertberichtigung gebildet. Zusätzlich bestehen zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweigs Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB.

Wertpapiere

Die wie Umlaufvermögen behandelten festverzinslichen Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Dabei wurden die von den „Wertpapiermitteilungen“ (WM Datenservice) zur Verfügung gestellten Jahresschlusskurse herangezogen.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Derivative Finanzinstrumente

Gebildete Drohverlustrückstellungen für Swaps mit zwischenzeitlich ausgelaufener Stillhalterverpflichtung (Kündigungsoption des Kontrahenten) werden linear verteilt über die restliche Vertragslaufzeit der Derivate aufgelöst. Die Swaps werden seit dem Ablauf der Stillhalterverpflichtung im Rahmen der Aktiv/Passiv-Steuerung eingesetzt.

Bei erworbenen bzw. veräußerten Swaptions wird die gezahlte bzw. erhaltene Prämie grundsätzlich bis zur Fälligkeit gehalten und erst am Ende der Laufzeit ergebniswirksam gebucht. Sofern die Swaptions als Instrument der Aktiv/Passivsteuerung eingesetzt wurden, werden die Optionsprämien im Falle der Ausübung regelmäßig in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung umgebucht und anschließend über die Laufzeit des Swaps verteilt.

Der Umfang derivativer Geschäfte sowie ergänzende Angaben zu ihrer Bewertung sind im Abschnitt D. aufgeführt.

Strukturierte Finanzinstrumente



Strukturierte Finanzinstrumente, die keine wesentlichen oder zusätzlichen (andersartigen) Risiken oder Chancen aufweisen, werden als einheitliche Vermögensgegenstände bzw. einheitliche Verbindlichkeiten nach allgemeinen Grundsätzen bilanziert und bewertet. Ergänzende Angaben zu Art und Umfang sind im Abschnitt D. aufgeführt.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs

Die zur Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos im Bankbuch (Aktiv/Passivsteuerung) abgeschlossenen Zinsderivate werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller Geschäfte nach Maßgabe von IDW RS BFA 3 verlustfrei bewertet. Hierbei werden die zinsinduzierten Barwerte den Buchwerten gegenübergestellt und von dem positiven Differenzbetrag die Risiko- und Bestandsverwaltungskosten abgezogen. Für einen danach eventuell verbleibenden Verlustüberhang wird eine Drohverlustrückstellung gebildet, die unter den anderen Rückstellungen ausgewiesen wird. Nach dem Ergebnis der Berechnungen zum 31.12.2019 war keine Rückstellung zu bilden.

Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften sowie Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und die Geschäftsguthaben bei Genossenschaften wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Einzelne Beteiligungen resultieren aus in Vorjahren geschlossenen Tauschgeschäften und sind nach Tauschgrundsätzen unter Gewinnrealisierung bewertet. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert aufgrund einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung waren im Geschäftsjahr bei einer Beteiligung erforderlich.

Treuhandvermögen

Die Bewertung des Treuhandvermögens erfolgte zu den Anschaffungskosten bzw. zum Nennwert.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen wurden zu den Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen wurden über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer, die sich grundsätzlich an den von der Finanzverwaltung veröffentlichten Abschreibungstabellen orientiert, bei Gebäuden linear bzw. mit fallenden Staffelsätzen und beim beweglichen Sachanlagevermögen linear vorgenommen.

Die angeschafften geringwertigen Wirtschaftsgüter mit einem Netto-Einzelwert bis zu EUR 250 wurden in voller Höhe als andere Verwaltungsaufwendungen erfasst. Sie wurden in voller Höhe abgeschrieben, sofern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um einen darin enthaltenen Vorsteuerbetrag, für das einzelne Wirtschaftsgut über EUR 250, aber nicht über EUR 800 lagen. Für Anlagegüter die vor 2018 mit einem Netto-Einzelwert von mehr als EUR 150 und bis zu EUR 1.000 angeschafft wurden, wird weiterhin eine Poolabschreibung nach steuerrechtlichen Vorgaben vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte nach den Grundsätzen des strengen Niederstwertprinzips.

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit und dem niedrigeren Ausgabebetrag wurden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Der Unterschiedsbetrag wird planmäßig auf die Laufzeit der Verbindlichkeit verteilt.

Aktive latente Steuern



Zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen bestehen zeitliche oder quasi-permanente Differenzen, die sich in späteren Geschäftsjahren abbauen. Die sich daraus ergebenden Steuerbelastungen (passive latente Steuern) und Steuerentlastungen (aktive latente Steuern) werden verrechnet.

Ein Überhang an aktiven latenten Steuern wird bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt (vgl. Erläuterungen im Abschnitt D.).

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Vermögensgegenstände, die die Voraussetzungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfüllen, wurden mit den Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen verrechnet. Das Deckungsvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert bzw. fortgeführten Anschaffungskosten in Höhe von EUR 4.690.858 wurde mit dem zum 31.12.2019 bestehenden Erfüllungsbetrag aus Altersversorgungsverpflichtungen und den Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten in Höhe von EUR 7.931.134 saldiert. Ein nach der Verrechnung verbleibender Überhang wurde in Höhe von EUR 3.240.275 im Posten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bilanziert.

Bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes der unter den Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Rückdeckungsversicherungen wurde das nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des tariflichen Garantiezinses bewertete Deckungskapital einschließlich des erdienten Überschusses angesetzt, das um eventuell vorhandene, noch nicht erdiente Abschluss- und Vertriebskosten erhöht wurde.

Aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen für zwei Anwartschaften ergaben sich in 2019 sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von EUR 209.917. Aus dem Deckungsvermögen wurde ein positiver Ergebnisbeitrag von EUR 6.794 erwirtschaftet. Aufgrund der Anforderungen des § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB erfolgt der Ausweis unter Verrechnung beider Effekte unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Verbindlichkeiten

Die Passivierung der Verbindlichkeiten erfolgte - bis auf die abgezinsten Sparbriefe, die zum Ausgabebetrag zuzüglich anteilig abgegrenzter Zinsen bis zum Bilanzstichtag passiviert werden - zu dem jeweiligen Erfüllungsbetrag. Soweit der Erfüllungsbetrag höher als der Ausgabebetrag ist, wurde der Unterschiedsbetrag in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen; er wird planmäßig getilgt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung und aus Zuschlägen sowie sonstigen über den Basiszins hinausgehenden Vorteilen für Einlagen wurde durch Rückstellungsbildung in angemessenem Umfang Rechnung getragen.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Bewertung der Treuhandverbindlichkeiten erfolgte zum Erfüllungsbetrag, der mit dem Nennwert der Verpflichtung übereinstimmt.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Erfüllungsbetrag einer Forderung und dem niedrigeren Auszahlungsbetrag bzw. dem Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit und dem höheren Einzahlungsbetrag wurden in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt. Die Unterschiedsbeträge wurden planmäßig auf die Laufzeit der zugrunde liegenden Forderungen und Verbindlichkeiten verteilt aufgelöst. Die erhaltenen Prämien aus ausgeübten Swaptions sind ebenfalls hier ausgewiesen und werden über die Laufzeit des Swaps verteilt vereinnahmt.

Passive latente Steuern

Für einen Überhang an passiven latenten Steuern wird bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung bilanziell ein Sonderposten (Passivposten 6a) gebildet (vgl. Erläuterungen im Abschnitt D.).



Rückstellungen

Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Den Pensionsrückstellungen liegen versicherungsmathematische Berechnungen auf Basis der "Richttafeln 2018 G" (Prof. Dr. Klaus Heubeck) zugrunde, die auf einem Rechnungszinsfuß gemäß RückAbzinsV von 2,72 % beruhen. Die Vereinfachungsregel des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB bei der Abzinsung wurde in Anspruch genommen. Es waren keine Lohn- und Gehaltssteigerungen zu berücksichtigen bzw. es wurde eine Rentendynamik in Höhe von 2,00 % zugrunde gelegt. Laufende Rentenverpflichtungen und Altersversorgungsverpflichtungen gegenüber ausgeschiedenen Mitarbeitern sind mit dem Barwert angesetzt. Verpflichtungen aus Pensionsanwartschaften werden mittels Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinses aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt EUR 1.792.432.

Für die Altersteilzeitvereinbarungen erfolgt die Rückstellungsberechnung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung erwarteter Gehaltssteigerungen von 2,2 %. Der Abzinsungssatz gemäß RückAbzinsV beträgt 0,57 %.

Zusätzlicher Rückstellungsbedarf für laufende Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen, der aus der geänderten Bewertung aufgrund BilMoG resultiert, wurde in Höhe von EUR 260.363 zulässigerweise noch nicht gebildet; dieser wird spätestens bis zum 31. Dezember 2024 angesammelt.

Im Übrigen wurden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet.

Die erstmalige Einbuchung von Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr erfolgte mit dem abgezinsten Betrag (Nettomethode).

Nachrangige Verbindlichkeiten

Nachrangige Verbindlichkeiten wurden mit dem Nennwert ausgewiesen. Der Ausweis der anteiligen Zinsen erfolgte unter den Sonstigen Verbindlichkeiten.

Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten wurden grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Für die Umrechnung noch nicht abgewickelter Termingeschäfte wurde der Terminkurs des Bilanzstichtages zugrunde gelegt.

Die sich aus der Währungsumrechnung ergebenden Aufwendungen wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Soweit die Restlaufzeit der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände oder Verbindlichkeiten bis zu einem Jahr betrug oder die Anforderungen an eine besondere Deckung vorlagen, wurden Erträge aus der Währungsumrechnung in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt.

Als besonders gedeckt wurden gegenläufige Fremdwährungspositionen angesehen, soweit sie auf die gleiche Währung lauten und sich betragsmäßig entsprechen.

Die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung sind in den GuV-Posten 8 (sonstige betriebliche Erträge) und 12 (sonstige betriebliche Aufwendungen) enthalten.

Angaben zur Behandlung von negativen Zinsen

Negative Zinsen auf finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den betreffenden Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen in Abzug gebracht.

Verwendung des Jahresergebnisses

Der Jahresabschluss wurde vor Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2019

	Anschaffungs- / Her- stellungskosten zu Be- ginn des Geschäftsjahres EUR	Zugänge (a) Zuschrei- bungen (b) im Geschäftsjahr EUR	Umbuchungen (a) Ab- gänge (b) EUR	Anschaffungs- / Her- stellungskosten am Ende des Geschäftsjahres EUR
Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbstgeschaffene	0	0 (a)	0 (a)	0
gewerbliche		0 (b)	0 (b)	
Schutzrechte und ähnliche Rechte				
b) entgeltlich erworbene	181.537	3.903 (a)	0 (a)	185.439
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0 (b)	0 (b)	
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0 (a)	0 (a)	0
		0 (b)	0 (b)	
d) geleistete Anzahlungen	0	0 (a)	0 (a)	0
		0 (b)	0 (b)	
Sachanlagen				
a) Grundstücke und Gebäude	31.033.773	1.929.422 (a)	0 (a)	32.941.778
		0 (b)	21.416 (b)	
b) Betriebs- und	19.000.302	552.070 (a)	0 (a)	18.419.022



	Anschaffungs- / Herstellungskosten zu Beginn des Geschäftsjahres		Zugänge (a)	Zuschreibungen (b)	Umbuchungen (a)	Abgänge (b)	Anschaffungs- / Herstellungskosten am Ende des Geschäftsjahres	
	EUR		im Geschäftsjahr			EUR	EUR	
Geschäftsausstattung				0 (b)		1.133.350 (b)		
Summe a	50.215.612		2.485.395 (a)			0 (a)	51.546.239	
				0 (b)		1.154.766 (b)		
Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit								
	Abschreibungen zu Beginn des Geschäftsjahres (gesamt)	Abschreibungen Geschäftsjahr (a)	Zugängen (a)	Zuschreibungen (b)	Umbuchungen (a)	Abgänge (b)	Abschreibungen am Ende des Geschäftsjahres (gesamt)	Buchwerte Bilanzstichtag
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Immaterielle Anlagewerte								
a) Selbstgeschaffene gewerbliche	0	0 (a)	0 (a)	0 (a)	0 (a)	0	0	0
		0 (b)	0 (b)	0 (b)	0 (b)			
Schutzrechte und ähnliche Rechte								
b) entgeltlich erworbene	181.331	1.404 (a)	0 (a)	0 (a)	0 (a)	182.734	2.705	
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		0 (b)	0 (b)	0 (b)	0 (b)			



	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit					
	Abschreibungen zu Beginn des Geschäftsjahres (gesamt) EUR	Abschreibungen Geschäftsjahr (a) Zugreibungen Geschäftsjahr (b) EUR	Zugängen (a) Zugreibungen (b) EUR	Umbuchungen (a) Abgängen (b) EUR	Abschreibungen am Ende des Geschäftsjahres (gesamt) EUR	Buchwerte Bilanzstichtag EUR
c) Geschäfts- oder Firmenwert	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0
d) geleistete Anzahlungen	0	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0	0
Sachanlagen						
a) Grundstücke und Gebäude	16.528.702	1.004.797 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 11.582 (b)	17.521.916	15.419.862
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	13.427.751	1.319.687 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 1.083.655 (b)	13.663.783	4.755.238
Summe a	30.137.784	2.325.888 (a) 0 (b)	0 (a) 0 (b)	0 (a) 1.095.237 (b)	31.368.433	20.177.805
				Anschaffungskosten zu Beginn des Geschäftsjahres EUR	Veränderungen (saldiert) EUR	Buchwerte am Bilanzstichtag EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens				2.801.512	-1.942.463	859.049
Beteiligungen und Geschäftsguthaben bei Genossenschaften				33.514.677	-76.143	33.438.534
Anteile an verbundenen Unternehmen				0	0	0
Summe b				36.316.189	-2.018.606	34.297.583
Summe a und b				86.531.801		54.475.388

D. Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an Kreditinstitute

In den Forderungen an Kreditinstitute (A 3) sind EUR 55.240.542 Forderungen an die genossenschaftliche Zentralbank enthalten.

Forderungen an Kunden

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind EUR 72.524.519 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den in der Bilanz ausgewiesenen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren (A 5) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr EUR 95.039.223 fällig.

In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig		davon:	
	EUR	börsennotiert EUR	nicht börsennotiert EUR	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	501.472.765	490.393.467	11.079.298	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	859.049	0	859.049	0

Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen

In den Forderungen und den Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3) (unverbrieft)	0	0	55.360.799	28.693.081
Forderungen an Kunden (A 4) (unverbrieft)	0	0	940.612	1.021.386



	Forderungen an			
	verbundene Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5) (verbriefte)	0	0	18.393.352	23.378.740

Beteiligungen

Beteiligungen von nicht untergeordneter Bedeutung bestehen zum 31. Dezember 2019 wie folgt:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
a) WGZ 2. Beteiligungs GmbH & Co. KG, Düsseldorf	0,83	2019	3.387.041	2019	75.483
b) GAD Beteiligungs GmbH & Co. KG, Münster	0,72	2019	119.595	2019	3.008
c) Weiherarkaden Wiehl GmbH & Co. KG, Bergisch Gladbach	46,57	2018	2.644	2018	198

Die Gesamtbeteiligung am DZ-Bank-Konzern beträgt EUR 29.484.989 und besteht im Wesentlichen aus indirekt gehaltenen Beteiligungen an Unternehmen des DZ-Bank-Konzerns und Beteiligungen an Holdinggesellschaften.

Treuhandvermögen

Im Bilanzposten Treuhandvermögen (A 9) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die im eigenen Namen für fremde Rechnung gehalten werden.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Im Bilanzposten Sachanlagen (A 12) sind Grundstücke und Bauten, die wir im Rahmen eigener Tätigkeit nutzen, in Höhe von EUR 15.419.862 und Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von EUR 4.755.238 enthalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

In dem Bilanzposten Sonstige Vermögensgegenstände (A 13) sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

31.12.2019
EUR

Rückdeckungsversicherungen

2.019.773

Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (A 14) sind Unterschiedsbeträge zwischen dem Ausgabebetrag und dem höheren Erfüllungsbetrag von Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 25.200 (Vorjahr EUR 28.793) enthalten.

Soweit bei Kreditgewährungen der Nennbetrag der gewährten Kredite unter dem Auszahlungsbetrag lag, wurde der Unterschiedsbetrag in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (A 14) eingestellt. Der Unterschiedsbetrag belief sich am Bilanzstichtag auf EUR 2.384 (Vorjahr EUR 6.218).

Nachrangige Vermögensgegenstände

In den folgenden Posten sind Vermögensgegenstände, für die eine Nachrangklausel besteht, enthalten:

Posten/Unterposten	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	0	2.138.861
Forderungen an Kunden (A 4)	2.253.454	2.773.429
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	3.351.207	3.351.222

Fremdwährungsposten

In den Vermögensgegenständen sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 78.757.773 enthalten.

Restlaufzeitspiegel für Forderungen

Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate EUR	mehr als 3 Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b) (ohne Bausparguthaben)	25.094.181	893.735	44.105.762	0
Forderungen an Kunden (A 4)	61.731.099	176.817.767	740.461.062	1.906.608.660

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

Restlaufzeitspiegel für Verbindlichkeiten

Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	bis 3 Monate EUR	mehr als 3 Monate bis ein Jahr EUR	mehr als ein Jahr bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	19.982.522	129.975.742	305.205.419	622.029.177
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten (P 2a ab)	1.545.697	2.968.693	2.741.226	105.587
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2b bb)	348.791.145	274.221.543	92.271.895	72.495.435

Anteilige Zinsen, die erst nach dem Bilanzstichtag fällig werden, wurden nicht nach den Restlaufzeiten gegliedert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind EUR 944.369.993 Verbindlichkeiten gegenüber der genossenschaftlichen Zentralbank enthalten.

Begebene Schuldverschreibungen

Insgesamt wurden 15.283 Anteile mit einer Stückelung von EUR 1.000 ausgegeben, die am 15.11.2020 fällig werden. Die begebene Inhaberschuldverschreibung ist mit einem Zinssatz von 2,75 % ausgestattet und weist abgesehen vom Recht auf Zins- und Rückzahlung keine weiteren Rechte auf.

Treuhandverbindlichkeiten

Im Bilanzposten Treuhandverbindlichkeiten (P 4) sind ausschließlich Kredite ausgewiesen, die wir im eigenen Namen für fremde Rechnung halten.

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Im passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge, die bei der Ausreichung von Forderungen in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von EUR 139.835 (Vorjahr EUR 142.213) enthalten.

Passive latente Steuern

Latente Steuern sind nicht bilanziert. Bei einer Gesamtdifferenzbetrachtung errechnet sich ein aktiver Überhang von latenten Steuern, der in Ausübung des Wahlrechts nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt wurde. Den passiven Steuerlatenzen aus steuerlich gebildeten Rücklagen gemäß § 6b EStG stehen höhere aktive Steuerlatenzen insbesondere aus gebildeten Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB gegenüber. Für die Berechnung latenter Steuern wurde ein Steuersatz von 31 % zugrunde gelegt.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten (P 9) in Höhe von EUR 463.840 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

	EUR	Zinssatz in %	Fälligkeit
	1.200.000	4,20	Juni 2020
	3.000.000	4,15	September 2020
	5.000.000	4,50	September 2025

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Verbindlichkeiten sind im Falle des Insolvenzverfahrens oder der Liquidation der Bank erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen. Die mit den Gläubigern der nachrangigen Verbindlichkeiten getroffenen Nachrangabreden entsprechen Art. 63 CRR. Eine Umwandlung in andere Eigenkapitalformen ist nicht möglich.

Für die weiteren nachrangigen Verbindlichkeiten gelten die gleichen Haftungsbedingungen. Die Restlaufzeit der nachrangigen Verbindlichkeiten liegt zwischen 6 Monaten und 5 Jahren 9 Monaten. Die nachrangigen Verbindlichkeiten sind mit Zinssätzen von 4,15 % bis 4,50 % ausgestattet.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen

In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Verbindlichkeiten gegenüber			
	verbundenen Unternehmen		Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	0	0	944.369.993	841.766.679
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	0	0	6.464.939	6.923.739
verbriefte Verbindlichkeiten (P 3)	0	0	15.000.000	15.000.000

Eigenkapital

Die unter dem Passivposten Gezeichnetes Kapital (P 12a) ausgewiesenen Geschäftsguthaben gliedern sich wie folgt:

	EUR
Geschäftsguthaben	
a) der verbleibenden Mitglieder	57.316.098



		EUR
b) der ausscheidenden Mitglieder		827.803
c) aus gekündigten Geschäftsanteilen		1.200
Rückständige fällige Pflichteinzahlungen auf Geschäftsanteile	EUR	437

Die Ergebnisrücklagen (P 12c) haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Gesetzliche Rücklage EUR	andere Ergebnisrück- lagen EUR
Stand 01.01.2019	52.280.000	61.332.000
Einstellungen		
- aus Bilanzgewinn des Vorjahres	3.620.000	3.629.000
Stand 31.12.2019	55.900.000	64.961.000

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die in den Posten 1b) und 2c) der unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen überwiegend breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge für bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Sie unterliegen den für alle Kreditverhältnisse geltenden Risikoidentifizierungs- und -steuerungsverfahren, die eine rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleisten.

Die ausgewiesenen Beträge unter 1b) zeigen nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird.

Durch Übertragung von Vermögensgegenstände gesicherte Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten und Derivatgeschäfte

Von den Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten sowie den Derivatgeschäften sind durch Übertragung von Vermögensgegenständen gesichert:

Posten in der Bilanz:	Gesamtbetrag der als Sicherheit übertrage- nen Vermögenswerte in EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	307.196.758
Posten außerhalb der Bilanz:	

**Posten in der Bilanz:**

Verbindlichkeiten aus Derivaten

**Gesamtbetrag der als
Sicherheit übertrage-
nen Vermögenswerte
in EUR**

30.200.000

Fremdwährungsposten

In den Schulden sind Fremdwährungsposten im Gegenwert von EUR 79.554.738 enthalten.

Termingeschäfte und derivative Finanzinstrumente

Zum Bilanzstichtag bestanden noch nicht abgewickelte zins- und währungsbezogene Termingeschäfte (Zinsswaps und Devisentermingeschäfte). Die Zinsswaps dienen zur Deckung von Zinsschwankungen. Mit Kunden abgeschlossene Termingeschäfte bestehen in Form von Devisentermingeschäften; diese Geschäfte wurden durch entsprechende Sicherungsgeschäfte gedeckt. In der nachfolgenden Übersicht sind die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Derivatgeschäfte des Nichthandelsbestandes, die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren, dargestellt (§ 36 RechKredV bzw. § 285 Nr. 19 HGB). Sie sind mit der Marktbewertungsmethode bewertet.

Angaben in TEUR	Nominalbeträge	beizulegender Zeit- wert negativ (-)
Zinsbezogene Geschäfte OTC Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	226.000	-29.999
Währungsbezogene Geschäfte OTC Produkte Devisentermingeschäfte	1.711	2

Die Zinsswaps des Nichthandelsbestandes sind mit ihrem Barwert zum Bilanzstichtag angegeben. Dabei haben wir die variablen Zinszahlungsströme mit Forward Rates - abgeleitet aus der aktuellen Zinsstrukturkurve - berechnet und diese - ebenso wie die fixen Zahlungsströme - mit der Swapkurve diskontiert.

Nachdem die Kündigungsoption in 2018 verfallen war, wird die im Zusammenhang mit der imparitätischen Einzelbewertung bei zwei Swaps gebildete Drohverlustrückstellung, linear auf die Restlaufzeit der Swaps verteilt, verbraucht. Der Ausweis der Rückstellung erfolgt im Bilanzposten Passiva 7c (TEUR 8.937).

Den beizulegenden Zeitwert der Devisentermingeschäfte des Nichthandelsbestandes haben wir aus den Barwerten der gegenläufigen Zahlungsströme (in Fremdwährung und in Euro) unter Anwendung der Zinsstrukturkurve der jeweiligen Währung ermittelt.

Neben den vorstehenden Derivatgeschäften des Nichthandelsbestandes wurden einheitlich zu bilanzierende strukturierte Finanzinstrumente erworben bzw. begeben. Sie beinhalten neben einem Basisinstrument folgende Strukturierungsmerkmale:

- Zinsobergrenzenvereinbarungen (Cap) im Bilanzposten Aktiva 4 (TEUR 22.825)
- Zinskorridorvereinbarungen (Collar) im Bilanzposten Aktiva 5 (TEUR 9.996)
- Kündigungsrechte des Emittenten im Bilanzposten Aktiva 5 (TEUR 27.114)



E. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge und Zinsaufwendungen

Negative Zinsen aus Aktiv- und Derivatgeschäften sind in den Zinserträgen in Höhe von EUR 996.654 (Reduktion des Zinsertrags) bzw. in den Zinsaufwendungen aus Passivgeschäften in Höhe von EUR 2.108.151 (Reduktion des Zinsaufwands) enthalten.

Die für das Geschäftsjahr ermittelten Auf- und Abzinsungseffekte für Zinsrückstellungen aus Zinsprodukten wurden unter den Zinserträgen und den Zinsaufwendungen erfasst. Dadurch hat sich der Zinsüberschuss per Saldo um EUR 14.082 (Vorjahr EUR 24.418) vermindert.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen mit EUR 41.033 (Vorjahr EUR 150.088) Erträge aus der Währungsumrechnung und mit EUR 808.671 (Vorjahr EUR 0) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Im Geschäftsjahr wurden die Erfolgsauswirkungen aus Änderungen des Abzinsungszinssatzes bei Altersversorgungsverpflichtungen im Personalaufwand erfasst. Dadurch hat sich der Personalaufwand per Saldo erhöht.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen mit EUR 1.864 (Vorjahr EUR 227.703) Aufwendungen aus der Währungsumrechnung und mit EUR 544.510 (Vorjahr EUR 1.022.978) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Außerordentliches Ergebnis

Aufwendungen aus der ratierlichen Ansammlung des Unterdeckungsbetrags zu den gemäß BilMoG neu bewerteten Pensionsrückstellungen fielen in Höhe von EUR 52.092 (Vorjahr EUR 52.102) an.

Periodenfremde Erträge bzw. Aufwendungen

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind keine wesentlichen periodenfremden Erträge oder Aufwendungen enthalten.

Aus steuerlichen Abschreibungen nach § 254 HGB a.F., die aus Vorjahren beibehalten wurden, ergeben sich keine erheblichen Belastungen für künftige Jahresabschlüsse.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen in voller Höhe auf das Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit.

F. Sonstige Angaben

Vorstand und Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr beliefen sich die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats auf EUR 100.141 und die des Beirats auf EUR 19.800. Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes (§ 285 Nr. 9a HGB) haben wir gemäß § 286 Abs. 4 HGB aus datenschutzrechtlichen Gründen verzichtet. Die Gesamtbezüge der früheren Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen (§ 285 Nr. 9b HGB) beliefen sich auf EUR 821.939.

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebenen bestehen zum 31. Dezember 2019 Pensionsrückstellungen in Höhe von EUR 10.511.703.

Die Forderungen an und Verpflichtungen aus eingegangenen Haftungsverhältnissen betragen für Mitglieder des Vorstands EUR 10.837 und für Mitglieder des Aufsichtsrats EUR 846.587 und für Mitglieder des Beirats EUR 5.081.035.

Ausschüttungsgesperrte Beträge

Der aus der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen nach § 253 Abs. 6 HGB ausschüttungsgesperrte Unterschiedsbetrag beträgt EUR 1.792.432, dem ausreichende frei verfügbare Rücklagen gegenüberstehen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nicht in der Bilanz ausgewiesene oder vermerkte Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von insgesamt EUR 6.879.844 aus Garantieverpflichtungen gegenüber der Sicherungseinrichtung des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V. aus der Zugehörigkeit zum Garantieverbund durch Abgabe einer Garantieerklärung.

Ferner besteht eine Beitragsgarantie gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der BVR Institutssicherung GmbH. Diese betrifft Jahresbeiträge zum Erreichen der Zielausstattung bzw. Zahlungsverpflichtungen, Sonderbeiträge und Sonderzahlungen, falls die verfügbaren Finanzmittel nicht ausreichen, um die Einleger eines dem institutsbezogenen Sicherungssystem angehörigen CRR-Kreditinstituts im Entschädigungsfall zu entschädigen, sowie Auffüllungspflichten nach Deckungsmaßnahmen.

Personalstatistik

Die Zahl der 2019 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Prokuristen	30	1
Sonstige kaufmännische Mitarbeiter	236	134
	266	135

Außerdem wurden durchschnittlich 30 Auszubildende beschäftigt.

Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	Haftsummen EUR
Anfang	2019	38.546	197.537
			59.261.100



		Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäfts- anteile	Haftsummen EUR
Zugang	2019	2.222	8.037	2.411.100
Abgang	2019	728	3.804	1.141.200
Ende	2019	40.040	201.770	60.531.000
Die Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um			EUR	1.096.520
Die Haftsummen haben sich im Geschäftsjahr vermehrt um			EUR	1.269.900
Höhe des Geschäftsanteils			EUR	300
Höhe der Haftsumme je Anteil			EUR	300

Besondere Offenlegungspflichten

Gemäß Teil 8 der CRR (Art. 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Wir beabsichtigen, die weiteren Angaben in einem separaten Offenlegungsbericht zu machen und auf unserer Homepage zu veröffentlichen.

Aufwendungen für den Abschlussprüfer

Mit Bezug auf § 336 Abs. 2 HGB haben wir als Kreditgenossenschaft auf die Angabe des Gesamthonorars des Prüfungsverbandes gemäß § 285 Nr. 17 HGB verzichtet.

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes

Der Name und die Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes lauten:

Genossenschaftsverband – Verband der Regionen e.V.

Peter-Müller-Straße 26

40468 Düsseldorf

Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Mitglieder des Vorstands, ausgeübter Beruf

Stockhausen, Ingo, - Vorsitzender - , Bankvorstand insbesondere für den Bereich Steuerung

Schneider, Manfred, - stellvertretender Vorsitzender - , Bankvorstand insbesondere für den Bereich Handel

Koop, Thomas, Bankvorstand insbesondere für den Bereich Kontrolle

Mitglieder des Aufsichtsrats, ausgeübter Beruf



Meyer, Dr. Udo, - Vorsitzender - , selbstständiger Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Hombach , Bernhard Josef, - stellvertretender Vorsitzender - , Bürgermeister a.D. der Gemeinde Nümbrecht
Lück, Susan, Geschäftsführerin der Walter Lück GmbH
Mahler, Ursula, stellvertretende Landrätin
Osterhammel, Bernd, selbstständiger Unternehmer
Schmitt, Norbert, Rentner
Stein, Thomas, Komplementär der Einrichtungshaus Werkshagen KG
Sterzenbach, Udo, selbstständiger Unternehmer-Berater, (bis 4.6.2019)

Angaben gemäß § 340a Abs. 4 HGB

In den gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien der nachfolgenden großen Kapitalgesellschaft nimmt ein Vorstandsmitglied unserer Bank ein Mandat wahr:

DZ Bank AG , Platz der Republik, 60265 Frankfurt am Main

Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres hat der Ausbruch und die Verbreitung des neuartigen Coronavirus zu einer globalen Pandemie mit erheblichen Folgen geführt. Hierzu zählen auch wirtschaftliche Auswirkungen auf Menschen und Unternehmen in unserem Geschäftsgebiet infolge von Handels- und Produktionseinschränkungen sowie Kurzarbeit. In welchem Umfang sich die Einschränkungen auf unsere Vermögens- Finanz- und Ertragslage auswirken, hängt auch von der Dauer der Pandemie ab. Die Folgen für unser Institut sind zum jetzigen Zeitpunkt äußerst schwer einzuschätzen. Negative Auswirkungen auf unsere Ertragslage im Jahresverlauf sind nicht auszuschließen.

Vorschlag für die Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss von EUR 10.201.180,27 - unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages von EUR 216,08 (Bilanzgewinn von EUR 10.201.396,35) - wie folgt zu verwenden:

	EUR
Zuweisung zu den Ergebnisrücklagen	
a) Gesetzliche Rücklage	3.670.000,00
b) Andere Ergebnisrücklagen	3.669.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	2.862.396,35



EUR

10.201.396,35

Die Volksbank Oberberg eG ist aufgrund ihres Jahresergebnisses 2019 und der Eigenkapitalausstattung in der Lage, eine angemessene Dividende zeitnah auszuschütten. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sieht - im Einklang mit der Europäischen Zentralbank - angesichts der Coronapandemie und der daraus entstehenden tiefen Rezession die Notwendigkeit, dass Banken bis Oktober 2020 keine Dividende an ihre Anteilseigner auskehren. Die Bank wird dieser Vorgabe der BaFin folgen und die Entscheidung über die Auszahlung der Dividende für das Geschäftsjahr 2019 auf die Zeit ab Oktober 2020 verschieben. Bei einer Dividende von unverändert 5,00 % errechnet sich ein Ausschüttungsbetrag von EUR 2.861.432,34, der im oben genannten Vortrag auf neue Rechnung enthalten ist.

Wiehl, 15. April 2020

Volksbank Oberberg eG

Der Vorstand

Stockhausen

Schneider

Koop

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Volksbank Oberberg eG, Wiehl

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Volksbank Oberberg eG, Wiehl (im Folgenden "Genossenschaft") - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 und



- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 S. 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Genossenschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO i. V. m. §§ 55 Abs. 2, 38 Abs. 1a GenG, dass alle bei uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Forderungen an Kunden

2. Migration des Bankverfahrens

Unsere Darstellung der besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

zu 1.a) Die Forderungen an Kunden, saldiert mit den gebildeten Risikovorsorgen, belaufen sich auf 2.958,7 Mio. EUR. Dies entspricht 79,1 % der Bilanzsumme. Zudem bestehen Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 23,8 Mio. EUR und unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 207,6 Mio. EUR. Die Identifizierung von Wertminderungen und die Ermittlung von Einzelwertberichtigungen auf Kundenforderungen sowie die Bemessung von Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten unterliegen wesentlichen Schätzungsunsicherheiten und Ermessensspielräumen. Das Risiko für den Jahresabschluss liegt darin, dass der Wertberichtigungsbedarf auf Kundenforderungen nicht rechtzeitig identifiziert wird bzw. die Höhe der Wertberichtigung von der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung der jeweiligen Kreditnehmer sowie von der Bewertung der Kreditsicherheiten beeinflusst wird. Daher ist die zutreffende

Bewertung der Kundenforderungen für den Jahresabschluss und insbesondere die Ertragslage von entscheidender Bedeutung und stellt nach unserer Einschätzung einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

zu 1.b) Wir haben zunächst beurteilt, ob die für die Bewertung der Kundenforderungen relevanten Prozesse der Genossenschaft derart ausgestaltet sind, dass akute Risiken mit hinreichender Sicherheit rechtzeitig erkannt werden und gegebenenfalls eine Risikovorsorge in ausreichendem Umfang gebildet wird. In Folge haben wir uns von der Funktionsfähigkeit der Regelungen bzw. Prozesse überzeugt. Hierbei stellen wir auf die eingerichteten relevanten Kontrollen der Genossenschaft ab. Des Weiteren haben wir analytische Prüfungshandlungen durchgeführt. Dabei wurde der Datenbestand der Genossenschaft in Hinblick auf vordefinierte Prüfkriterien ausgewertet. In diesem Zuge wurden neben den Ratingeinstufungen insbesondere die Höhe der ungesicherten Kreditteile und die Gesamtzusage berücksichtigt. Hierauf aufbauend haben wir bewusst ausgewählte Kreditengagements hinsichtlich der Notwendigkeit und - soweit erforderlich - der Angemessenheit einer Risikovorsorge einer Einzelfallprüfung unterzogen.

zu 1.c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Bilanzierung und Bewertung von Forderungen im Kreditgeschäft sind im Anhang des Jahresabschlusses der Genossenschaft im Abschnitt B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs-, Bewertungs- und Umrechnungsmethoden enthalten.

zu 2.a) Zur Erfüllung ihrer Buchführungspflichten nutzt die Genossenschaft ein Bankverfahren der Rechenzentrale Fiducia & GAD IT AG. Im Berichtszeitraum wurde das bisherige Verfahren „bank21“ auf das Verfahren „agree21“ migriert. Aufgrund der Komplexität sowie der Bedeutung des Migrationsprozesses für die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und des daraus abgeleiteten Jahresabschlusses als Ganzem wurde die Migration im Rahmen unserer Prüfung als ein besonders wichtiger Prüfungssachverhalt eingestuft.

zu 2.b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir insbesondere die von der Genossenschaft im Migrationsprojekt vorgenommene Identifizierung und Steuerung der Migrationsrisiken auf Angemessenheit beurteilt. Wir haben anhand von Aufbau- und Funktionsprüfungen geprüft, ob die zur Vorbereitung der Echtmigration vorgenommenen Testmigrationen erfolgreich abgeschlossen und ggf. erforderliche Anpassungen vorgenommen wurden. Weiterhin haben wir in ausgewählten Fällen die Erfassung und Pflege wesentlicher rechnungslegungsbezogener bankindividueller Steuerungsdaten des Bankverfahrens sowie des Berechtigungssystems nachvollzogen. Auf Basis der fachlichen Bewertung über die Auswirkungen der geplanten Veränderungen auf die eingerichteten Kontrollverfahren haben wir die Angemessenheit und Wirksamkeit ausgewählter rechnungslegungsbezogener Kontrollvorgaben geprüft. Die Prüfung der ordnungsgemäßen Datenübernahme von rechnungslegungsrelevanten Daten in der Echtmigration erfolgte u.a. durch Funktionsprüfungen, ob die entsprechenden Kontrollen vorgenommen wurden. Die Migration von Bilanz- und GuV-Konten haben wir in ausgewählten Fällen nachvollzogen. Weiterhin haben wir geprüft, ob die für eine ordnungsmäßige Überleitung erforderlichen Übernahmeprotokolle vorliegen.

zu 2.c) Weitere Angaben der Genossenschaft zur Migration des Bankverfahrens sind im Lagebericht enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen:

- die übrigen Teile des Jahresberichts 2019 - ohne weitere Querverweise auf externe Informationen -, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks, welche uns nach dem Datum des Bestätigungsvermerks zur Verfügung gestellt werden.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen



- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditgenossenschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Genossenschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Genossenschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 53 Abs. 2 GenG, §§ 340k, 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko,

dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Genossenschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Genossenschaft.

- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Aufsichtsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Aufsichtsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Aufsichtsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir sind als zuständiger Prüfungsverband gesetzlicher Abschlussprüfer der Genossenschaft.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit unserer Berichterstattung an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO i. V. m. § 58 Abs. 3 GenG (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Bei uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben folgende Leistungen, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht der geprüften Genossenschaft angegeben wurden, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die geprüfte Genossenschaft bzw. für die von dieser beherrschten Unternehmen erbracht:

- Prüfung des Wertpapierdienstleistungs- und -nebdienstleistungsgeschäftes nach § 89 WpHG
- Durchführung eines Seminars zur Sicherstellung der Aufrechterhaltung der Sachkunde der Mitglieder des Aufsichtsrats

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Jürgen Lanvers.

Düsseldorf, 25. Mai 2020

Genossenschaftsverband – Verband der Regionen e.V.

Ludwig Lippes, Wirtschaftsprüfer

Jürgen Lanvers, Wirtschaftsprüfer

Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung

Die Vertreterversammlung vom 18.06.2020 hat den Jahresabschluss zum 31.12.2019 festgestellt und die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von EUR 10.201.180,27 - unter Einbeziehung eines Gewinnvortrages in Höhe von EUR 216,08 - wie vom Vorstand vorgeschlagen beschlossen.

Aus dem Jahresüberschuss wurden EUR 3.670.000,00 den gesetzlichen Rücklagen sowie EUR 3.669.000,00 den anderen Ergebnisrücklagen zugeführt. Der Gewinnvortrag belief sich somit auf EUR 2.862.396,35.

In der außerordentlichen Vertreterversammlung am 19.11.2020 folgten die Vertreterinnen und Vertreter dem Vorschlag von Vorstand und Aufsichtsrat und beschlossen die Zahlung einer Dividende für das Geschäftsjahr 2019 in Höhe von 5,00 % auf die Geschäftsguthaben der Mitglieder.

Die Zahlung des ausmachenden Betrages von EUR 2.861.432,34 erfolgt aus dem am 18.06.2020 beschlossenen Gewinnvortrag von EUR 2.862.396,35, der sich somit auf EUR 964,01 reduziert.

Wiehl, den 20.11.2020

gez. Ingo Stockhausen, Vorstandsvorsitzender
gez. Manfred Schneider, stv. Vorstandsvorsitzender
gez. Dr. Udo Meyer, Aufsichtsratsvorsitzender

Bericht des Aufsichtsrates

Volksbank Oberberg eG, Wiehl

Der Aufsichtsrat hat im Berichtsjahr die ihm nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben erfüllt. Er nahm seine Überwachungsfunktion wahr und traf die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Beschlüsse, dies beinhaltet auch die Befassung mit der Prüfung nach § 53 GenG.

Der Vorstand informierte den Aufsichtsrat und die Ausschüsse des Aufsichtsrates in regelmäßig stattfindenden Sitzungen über die Geschäftsentwicklung, die Strategieplanung der Bank, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie über besondere Ereignisse. Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in einem engen Informations- und Gedankenaustausch mit dem Vorstand.

Die aus den Reihen des Aufsichtsrates gebildeten Ausschüsse für die Bereiche Kreditgeschäft, Unternehmenssteuerung, Rechnungsprüfung und Vorstandsangelegenheiten behandelten in insgesamt zehn Ausschusssitzungen schwerpunktmäßig die Überlegungen zur strategischen Planung, die Entwicklung im Geschäftsjahr, insbesondere auch die Adressausfall- und Marktpreisrisiken sowie die Prüfung des Jahresabschlusses. Aus den Sitzungen der Ausschüsse ist dem Gesamtaufichtsrat berichtet worden.

Der Aufsichtsrat verfügt aufgrund seiner Kenntnisse und Erfahrungen in seiner Gesamtheit über ausreichende Branchen- und Sachkenntnisse sowie über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung. Im Rahmen der Selbstbewertung gemäß § 25d Abs. 11 S. 2 Nr. 3 und 4 KWG hat der Aufsichtsrat diese Anforderungen überprüft. Der Aufsichtsrat ist zudem frei von Interessenskonflikten. Die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 36 Abs. 4 GenG werden somit erfüllt.

Der vorliegende Jahresabschluss 2019 mit Lagebericht wurde vom Genossenschaftsverband – Verband der Regionen e.V. geprüft. Über das Prüfungsergebnis wird in der Vertreterversammlung berichtet.

Wir haben uns als Aufsichtsorgan selbst davon überzeugt, dass der Jahresabschluss zutreffend aus der Buchführung und den Inventaren unserer Bank entwickelt worden ist. Den Bericht der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung und den Lagebericht haben wir entgegen genommen und kritisch geprüft. Der Vorschlag für die Verwendung des Jahresüberschusses- unter Einbeziehung des Gewinnvortrags – entspricht den Vorschriften der Satzung.

Ein Prüfungsschwerpunkt wurde durch den Aufsichtsratsvorsitzenden nicht gesetzt.



Der Aufsichtsrat hat sich im Rahmen der gemeinsamen Prüfungsschlusssitzung (§ 57 Abs. 4 GenG) mit den Prüfungsfeststellungen bezüglich der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses sowie der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems intensiv befasst. Außerdem haben wir uns über Besonderheiten und ggf. aufgetretene Unstimmigkeiten im Rahmen der Jahresabschlussprüfung informiert; solche ergaben sich nicht.

Im Ergebnis hat sich der Aufsichtsrat hinreichend von der ordnungsgemäßen Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses überzeugt und dazu beigetragen, dass die Rechnungslegung ordnungsgemäß ist.

Der Genossenschaftsverband - Verband der Regionen e.V. hat uns gegenüber die Unabhängigkeit der an der Abschlussprüfung beteiligten Mitarbeiter bestätigt.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zum 31.12.2019 festzustellen und die vorgeschlagene Verwendung des Jahresüberschusses zu beschließen.

Turnusmäßig scheidet in diesem Jahr Herr Norbert Schmitt aus dem Aufsichtsrat aus, die Wiederwahl ist in der nächsten Vertreterversammlung möglich.

Die Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand war in gewohnter Weise von gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamer Verantwortung für die Bank geprägt. Der Aufsichtsrat dankt allen Kunden für das der Bank entgegengebrachte Vertrauen. Er spricht dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für eine erneut ausgesprochen erfolgreiche Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr seinen Dank und seine Anerkennung aus. Den Vertretern der Mitglieder unserer Bank dankt der Aufsichtsrat für ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Interesse aller Mitglieder.

Wiehl, 8. Mai 2020

Vorsitzender des Aufsichtsrates

Dr. Udo Meyer

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2019

Volksbank Oberberg eG, Wiehl

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Volksbank Oberberg eG hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Kreditgenossenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Volksbank Oberberg eG besteht darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.



Die Volksbank Oberberg eG definiert den Umsatz aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2019 TEUR 79.620.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt 344,5.

Der Gewinn vor Steuern beträgt TEUR 31.447.

Die Steuern auf den Gewinn betragen TEUR 11.091 und betreffen laufenden Steueraufwand in Höhe von TEUR 11.037 und Steueraufwand für Vorjahre in Höhe von TEUR 54.

Die Volksbank Oberberg eG hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.